

# Morgenblatt

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,50 RM., monatlich 1,20 RM., wöchentlich 30 Pf. frei und Hausnummer 5 Pf. Sonntag- und Feiertagsblätter 10 Pf. Einmalige Zusätze 10 Pf. Postabonnements 1,20 RM. pro Jahr. Einmalige Zusätze in die Post-Vertrags-Verträge. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 1,20 RM., für das übrige Ausland 1,40 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerbliche Anzeigen und Verlagsanzeigen 50 Pf. Kleine Anzeigen, das ist gebundene Worte 30 Pf. (täglich 2 teigebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverträge das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegrams-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 27. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

## In ernster Stunde.

Von Ed. Bernstein.

Die amerikanische Note hat die deutsche Reichsregierung vor eine folgenschwerere Entscheidung gestellt. Daß man sich in maßgebenden Kreisen dessen bewußt ist, geht aus vielen Anzeichen hervor, von denen nur die Reise des Reichsfanzlers ins Hauptquartier erwähnt zu werden braucht. Aber auch andere Kreise rühren sich in dieser Sache, um in der einen oder anderen Richtung auf den Gang der Ereignisse einzuwirken. Politische Persönlichkeiten oder Gruppen suchen ihren Einfluß auf die Reichsregierung im Sinne einer Entscheidung spielen zu lassen, die ihren bezüglichen Anschauungen oder Interessen entspricht.

Gegen letzteres läßt sich grundsätzlich nichts einwenden, insofern es loyal und allgemein geschieht. Es handelt sich um eine Frage, die für das Wohl und die Zukunft des deutschen Volkes von großer Bedeutung werden kann. Und da entspricht es unseren demokratischen Grundsätzen, daß hierbei die Wünsche aller Kreise des deutschen Volkes zur Geltung kommen. In solcher Situation ist es Bürgerpflicht jeder Gruppe von einiger Bedeutung, die Reichsregierung über ihre Auffassung der Sachlage und des durch sie Gebotenen nicht in Zweifel zu lassen. Denn Zurückbleiben kann die Wirkung haben, über Art und Gewicht der Stimmen irrigen Vorstellungen Vorschub zu leisten.

Den demokratischen Grundsätzen entspräche es ferner, daß diese Kundgebung der Meinungen rückhaltlos und in aller Offenheit geschähe. Indes ist das eine Frage, über die andere zu befinden haben. Die Verhältnisse legen uns hier eine Zurückhaltung auf, die zu beobachten der Ernst der Situation gebietet. Nur einige allgemeine Bemerkungen, die sich auf die grundsätzliche Auffassung der Sozialdemokratie beziehen, seien mir an dieser Stelle gestattet.

Die Frage, welche den Gegenstand der amerikanischen Note bildet, hat auch die Reichstagsmitglieder der Sozialdemokratie in letzter Zeit beschäftigt. Es geschah dies aus Anlaß jener Petitionen über den Unterseebootskrieg, die in der Reichstagsitzung vom 6. April d. J. durch Annahme einer Kompromißresolution ihre vorläufige Erledigung gefunden haben. Vorläufig insofern, als eben durch die amerikanische Note die Frage aufs neue zur Prüfung gestellt worden ist.

Die Kompromißresolution hat nun die Eigenschaft, daß sie einer weitgehenden Auslegung fähig ist. Es hatte sich das schon bei ihrer Beratung in der Budgetkommission gezeigt, und es trat in der Sitzung des Reichstags vom 6. April im Plenum dadurch in die Erscheinung, daß Vertreter mit so auseinandergehenden Weltanschauungen wie Konservative von der Färbung der Herren Dertel und Graf Westarp, National-liberale vom Schlage Bassermann ebenso für sie stimmten wie die Mehrheit der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Jede Fraktion oder Gruppe legte das in sie hinein oder las das aus ihr heraus, was ihrer Auffassung von der Frage entsprach.

Wie dem aber sei, jedenfalls gebieten die Umstände, soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, aller Zweideutigkeit ein Ende zu machen. Die Interessen der arbeitenden Massen Deutschlands erlauben es nicht, daß die Zustimmung sozialdemokratischer Vertreter zur Kompromißresolution eine Deutung erhält, als ob sie in dieser Frage die Politik unterstützten oder auch nur duldeten, die jetzt wieder in der „Deutschen Tageszeitung“ und ähnlichen Blättern verfochten wird. An solcher Deutung hat es nicht gekehrt und wird es nicht fehlen. Daher sind Schritte erforderlich, dem endgültig vorzubeugen. Wie das geschehen kann, werden diejenigen selbst zu befinden haben, an welche dieser Mahnruf in erster Linie gerichtet ist. Aber er richtet sich nicht nur an die leitenden Zentralinstanzen. Er ergeht an alle körperschaftlichen Vertretungen der Massenbewussten Arbeiterschaft Deutschlands. Wir haben ein Interesse daran, die große transatlantische Republik nicht in feindlichen Gegensatz zu Deutschland kommen zu lassen. Rufen wir daher ohne Unterschied der Fraktionsstellung so deutlich wie nur möglich von denen ab, welche diese Frage mit der Leichtfertigkeit politischer Vabanque-Spieler behandeln und unterjähren wir nachhaltig und kraftvoll alle Bestrebungen, die darauf abzielen, zu verhindern, daß falsche Begriffe von Macht und Ehre Entscheidungen herbeiführen helfen, die dem deutschen Volke und weiterwirkend Europa zum größten Schaden gereichen. Es gibt Situationen, wo nur Mangel an moralischem Mut dazu gehört, trotzig auf seinem Schein zu beharren, aber der höchste moralische Wert dadurch bezeugt wird, daß man der Stimme der Vernunft folgt. Caveant consules — mögen die Konsuln auf der Hut sein!

## Die deutsche Antwort an Amerika.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin:

Ueber die deutsche Antwort auf die amerikanische Note wird der Öffentlichkeit kaum vor Ablauf dieser Woche etwas bekanntgegeben werden können. Es ist bei einer Entscheidung, von der man ohne Übertreibung sagen kann, daß sie zu den folgenschwersten gehört, die in diesem Kriege zu treffen waren selbstverständlich, daß man das für und Wider reiflich erwägt und nichts übereilt. Was unsere Gegner erhoffen, das lassen bei aller Vorsicht die vorliegenden französischen und englischen Bestimmungen erkennen: Sie hoffen auf eine ihnen günstige Wendung ihrer verlorenen Sache. Es liegt auf der Hand, daß die Männer die über die deutsche Entscheidung beraten, auch diese feindlichen Erwartungen und jede Möglichkeit ihrer Erfüllung oder Nichterfüllung ebenso sorgfältig in Betracht ziehen, wie alles, was Deutschland zur Durchführung seiner schweren Aufgabe nützt.

## Die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

London, 25. April. (Z. U.) Die „Times“ vernimmt aus New York unterm 24. April: Hier herrscht in Regierungskreisen eine deutlich optimistische Auffassung über den Verlauf der Krise bezüglich der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Berichte aus der deutschen Hauptstadt sind von dem Geiste der Versöhnung getragen gegenüber den amerikanischen Forderungen. Zwischen Berlin und Washington hat man bereits einen Reingensaustausch gepflogen, um das Terrain zu ebnen. Dies hat zur Folge gehabt, daß dem amerikanischen Vorkämpfer in Berlin, Gerard, Befehl erteilt wurde, die deutsche Regierung über die Haltung der amerikanischen Regierung nicht im Zweifel zu lassen. Diese Haltung basiert auf dem Verlangen der Vereinigten Staaten, dem unmisslichen Charakter des Unterseebootskrieges in seiner heutigen Form ein Ende zu bereiten.

New York, 26. April. (Z. U.) Die Montagmorgenblätter enthalten Telegramme aus Berlin, die vermuten lassen, daß eine friedliche Lösung möglich sei; indessen wurden hier gewisse militärische Vorbereitungen getroffen, die aber wohl größtenteils als Demonstration zu betrachten sind. Eine Anzahl Abgeordneter, die sonst der Kriegspolitik des Präsidenten nicht zustimmten, wurden mit Telegrammen von den Demokraten und Kritikern in den „Times“ bombardiert. Einige von ihnen lassen deshalb in der Opposition gegen Wilson bereits nach.

## „Eine Gelegenheit für Deutschland.“

New York, 25. April. (Zuspruch vom Vertreter des B. L. V.) In einem „Eine Gelegenheit für Deutschland“ überschriebenen Leitartikel sagt „Evening World“: Wieder und wieder hat Deutschland unserer Regierung beteuert, daß seine rechtswidrigen Unterseebootspolitik in dem den britischen Inseln benachbarten Kriegsgebiet nur eine Folge der ungesegneten Bemühungen Englands sei, den deutschen Handel zu erdroffeln und das deutsche Volk auszuhungern. Im gegenwärtigen Augenblick, wo unser Land zum letzten Mal die Forderung stellt, daß diese Unterseebootspolitik beendet werde, sollte es scheinen, daß der Verstand der Deutschen ihnen den Weg diktiert sollte, der abgesehen davon, daß er die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten aufrechterhalte, das deutsche Ansehen in den Augen der ganzen zivilisierten Welt außerordentlich stärken würde. Wenn Deutschland jetzt erklären würde, daß es sich aus Rücksicht auf die Rechte der Amerikaner zur See und um die früher geltenden Grundsätze des Völkerrechts unverletzt aufrechtzuerhalten, entschlossen hätte, den Unterseebootskrieg, so wie er jetzt geführt wird, aufzugeben und es der Ehre der Vereinigten Staaten überließe, das Völkerrecht und die Rechte des Handels unparteiisch und mit Gerechtigkeit gegen alle Kriegsführenden aufrechtzuerhalten, wenn Deutschland bereit wäre, dies schnell und ohne Einschränkung zu tun, so könnte es damit etwas vollbringen, was ihm jetzt und in Zukunft mehr wert wäre, als die Zerstörung von tausend feindlichen Schiffen.

## Die englische Presse über Wilsons Note.

London, 26. April. (B. L. V.) Die englische Presse verherrlicht Wilsons Politik und seine Note. „Times“ schreibt: Wilson hat niemals die Grundsätze verlassen, auf die er seine Politik gründete, und wir betonen wiederholt, daß sie den höchsten und beständigsten Charakter haben. Sie sind die Grundsätze, auf denen das ganze System der Völkerrechte beruht. „Times“ rühmt die Folgerichtigkeit und Beharrlichkeit, mit denen Wilson seinen Grundsatzanschauungen treu blieb, seine Geduld. Das Blatt fährt fort: Wir hätten uns gewundert, wenn die amerikanische Presse das Vorgehen des Präsidenten nicht begrüßt hätte. Die amerikanische

Presse hätte, daß das Vorgehen im Interesse der Zivilisation und der Ehre Amerikas notwendig wurde. Wilson rechtfertigte sie mit Gründen, von denen wir stets sagten, daß sie im amerikanischen Volke Eindruck machen würden. Wir vertrauen fest, daß Wilson die Billigung und Unterstützung Amerikas finden wird, sowohl für das was er tat, als für das, was er tun wird. „Morningpost“ schreibt: Man muß abwarten, was der Ausdruck über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeutet. Er bedeutet nicht notwendig den Krieg, aber er kann zur Bildung einer Liga der Neutralen gegen den gemeinsamen Feind der Menschheit führen. „Daily Telegraph“ schreibt: Man kann zwischen den Zeilen der Note lesen, daß alle zivilisierten Mächte der Erde so gut wie einig sind. „Daily News“ schließen ihren Leitartikel mit der Aussicht auf den Eintritt Amerikas in den Krieg. Das Blatt schreibt: Der moralische Wert eines solchen Bündnisses kann schwerlich weder in England noch in Frankreich unterschätzt werden. Ebensovienig darf die materielle Wirkung des amerikanischen Einschreitens gering eingeschätzt werden. Seine finanzielle und wirtschaftliche Stärke, seine Fähigkeit, dabei mitzuwirken, daß Deutschland in allen Punkten mit einer undurchbrechbaren Blockade umgeben wird, sowie das Freiwerden der in den amerikanischen Häfen liegenden deutschen Schiffe für die gemeinsamen Zwecke der Verbündeten würden Wilson in den Stand setzen, ohne daß er einen Soldaten und ein Schiff in Bewegung zu setzen braucht, die Dauer des Krieges und die Bedingungen des Friedens in der mächtigsten Weise zu beeinflussen.

## Die Unabhängige Arbeiterpartei beschließt eine energische Friedenskampagne.

London, 25. April. (B. L. V.) Die Unabhängige Arbeiterpartei hielt in Newcastle ihre Jahresversammlung ab. Der Abgeordnete Jowett sagte: Die Partei würde, wenn sie könnte, dem Krieg noch heute durch Verhandlungen ein Ende machen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die unter anderem besagt, daß der ausführende Ausschuss mit allen Mitteln eine energische Kampagne für Beendigung des Krieges durch Friedensverhandlungen betreiben sollte. Der Abgeordnete Snowden sagte: Die letzten Reden des Reichsfanzlers hätten gezeigt, daß jetzt nichts zwischen Deutschland und England stünde, was das Opfer weiterer Menschenleben wert wäre.

Dem „Total-Anzeiger“ wird aus Rotterdam am 26. April noch gemeldet:

Die Verhandlungen des ersten Tages in der Konferenz der englischen unabhängigen Arbeiterpartei in New Castle am Montag wurden ganz durch die Reden und Anträge gegen den Krieg ausgefüllt. Der Abgeordnete Jowett sagte in der Eröffnungsrede, daß man jetzt im neunten Monat des zweiten Kriegsjahres stehe, und es sei jetzt ebenso wenig wahrscheinlich, den Krieg durch Waffenmacht zu beenden, wie vor einem Jahr: Wir haben uns nie zum Kriege bekennt und tun es auch jetzt nicht. Wir würden ihn heute noch durch Verhandlungen beenden, wenn wir könnten.“ (Weiterkeit und Weisfall.) Der Abgeordnete fuhr fort: Die Verantwortung der Regierung habe sich auf immer weitere Gebiete ausgedehnt infolge des Krieges und erstreckte sich jetzt auf alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Lloyd George sei der Minister für Zwang (Lauter Murren), er sei sogar soweit gegangen, das Beispiel der südafrikanischen Goldminenmagazinen nachzuahmen, Männer aus England zu deportieren, ohne daß sie vorher vor einem richterlichen Urteil gestanden hätten. — Ein von dem Vorsitzenden eingebrachter Beschlusstraktat berührt die Friedensfrage und erklärt, der Kongreß begrüße herzlich die Veruche der sozialistischen Kameraden in allen kriegsführenden Ländern, die von ihren Regierungen erfahren wollen, unter welchen Bedingungen die Regierungen zum Friedensschluß bereit seien. Der Beschlusstraktat drängt darauf, daß die Abgeordneten der Arbeiterpartei die englische Regierung auffordern, sich bereit zu erklären, den Frieden durch Verhandlungen zu sichern. Clifford Hallan führte aus, daß der jetzige Zeitpunkt besonders geeignet sei, um einen Frieden zustande zu bringen. Der Beschlusstraktat wurde angenommen. Der Abgeordnete Snowden sagte, daß die Beschlusstraktate zur allgemeinen Dienstpflicht, die in dieser Woche im Unterhaus eingebracht werden sollen, noch größeren Widerstand finden würden, als der erste Beschlusstraktat für die Dienstpflicht der Unberbeiteten. Eine Entscheidung, die das Vorgehen der Parteigenossen Elme und Barker im Unterhaus zugunsten der Dienstpflicht mißbilligt, wurde zurückgenommen. Ramsay MacDonald sagte aber dazu, daß die Arbeiter, die den Werbungszug unterstützten hätten, auch für die Dienstpflicht die Verantwortung tragen. Ein anderer Antrag, der den Anschluß gewerkschaftlich organisierter Arbeiter (Union) von neuem ermögen wolle, wurde verworfen.

## Auch die Britische Sozialistische Partei für den Frieden.

London, 24. April. (B. L. V.) In Salford fand gestern die Jahresversammlung der britischen Sozialistischen Partei statt. Zwischen den beiden Gruppen der Arbeiter, der Kriegspartei und den Pazifisten, kam es zum Streit über die Zulassung der Presse. Dreißig von den anwesenden 150 Delegierten verließen unter der Führung von Hyndman die Versammlung. Die zurückbleibende sozialistische Partei nahm eine Resolution für eine sozialistische Friedenspropaganda an. Die ausscheidende Minderheit konstituierte sich später als selbständige Organisation.

# Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 26. April 1918. (W. Z. B.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Kanals von La Bassée wurde der Angriff starker englischer Abteilungen gegen von uns besetzte Sprengtrichter nach heftigem Nahkampf abgeschlagen. Der Minenkrieg wird von beiden Seiten mit Lebhaftigkeit fortgesetzt. Westlich von Givenchy-en-Gohelle besetzten wir die Trichter zweier gleichzeitig gesprengter deutscher und englischer Stollen, machten einige Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr.

Erfolgreiche Patrouillen-Unternehmungen unsererseits fanden zwischen Bailly und Craonne statt.

Ein erwarteter französischer Teilangriff gegen den Wald südwestlich von Bille-aux-Bois wurde abgeschlagen. Es sind 60 Franzosen gefangen genommen und ein Maschinengewehr erbeutet.

Auf der Höhe von Bauquois, nordöstlich von Avocourt und östlich von „Toter Mann“ waren Kämpfe mit Handgranaten im Gange. Angriffsabsichten des Feindes gegen unsere Gräben zwischen „Toter Mann“ und Carrettes-Waldchen wurden erkannt und durch Feuer gegen die bereitgestellten Truppen vereitelt.

Ostlich der Maas entwickelten die beiderseitigen Artillerien sehr lebhaftige Tätigkeit.

Nordöstlich von Celles (Vogesen) brachte uns ein sorgfältig vorbereiteter Angriff in Besitz der ersten und zweiten französischen Linie auf und vor der Höhe 542. Bis in den dritten Graben vorgebrungene kleinere Abteilungen sprengten dort zahlreiche Unterstände. An unversehrten Gefangenen sind 84 Mann, an Wente 2 Maschinengewehre und ein Minenwerfer eingebracht.

Abgesehen von anderen Fliegerunternehmungen besetzte ein unser Flugzeuggeschwader östlich von Clermont den französischen Flughafen Brocourt und den stark besetzten Ort Tubécourt mit einer großen Zahl von Bomben. Zwei feindliche Flugzeuge sind über Fleury (südlich von Donauumont) und westlich davon im Luftkampf abgeschossen.

Deutsche Heeresluftschiffe haben nachts die englischen Befestigungs- und Hafenanlagen von London, Colchester (Black Water) und Ramsgate sowie den französischen Hafen und die großen englischen Ausbildungslager von Etaples angegriffen.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Front keine wesentlichen Ereignisse.

Ein deutsches Flugzeuggeschwader warf ausgiebig Bomben auf die Flugplätze von Danaburg.

## Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

## Oberste Heeresleitung.

### Erfolgreiche Flotten- und Luftschiffangriffe gegen die englische Küste.

Amlich. Berlin, 26. April. (W. Z. B.) Am 25. April mit Hellwerden haben Teile unserer Hochseeflotten die Befestigungswerke und militärisch wichtigen Anlagen von Great Yarmouth und Lowestoft mit gutem Er-

folge beschossen. Danach haben sie eine Gruppe feindlicher kleiner Kreuzer und Torpedobootzerstörer unter Feuer genommen. Auf einem der Kreuzer wurde ein schwerer Brand beobachtet, ein Torpedobootzerstörer und zwei feindliche Vorpостenschiffe wurden versenkt. Eins der letzteren war der englische Fischdampfer „King Stephen“, der, wie erinnerlich, sich seinerzeit weigerte, die Besatzung des in Seerest befindlichen deutschen Luftschiffes „L. 19“ zu retten. Die Besatzung des Fischdampfers wurde gefangen genommen. Die übrigen feindlichen Seestreitkräfte zogen sich zurück, auf unserer Seite keine Verluste. Alle Schiffe sind unbeschädigt zurückgekehrt.

Gleichzeitig mit dem Vorstoß unserer Seestreitkräfte griff in der Nacht vom 24. zum 25. April ein Marine-Luftschiffgeschwader die östlichen Grafschaften Englands an. Es wurden Industrieanlagen von Cambridge und Norwich, Bahnanlagen bei Lincoln, Batterien bei Winterton, Ipswich, Norwich und Harwich, sowie feindliche Vorpостenschiffe an der englischen Küste mit gutem Erfolg mit Bomben belegt. Trotz heftigster Beschädigung sind sämtliche Luftschiffe unversehrt in ihren Heimatshäfen gelandet.

Flugzeuge unserer Marine-Feldflieger-Abteilung in Flandern haben am 25. April frühmorgens die Hafenanlagen, Befestigungen und den Flugplatz von Dünkirchen wirkungsvoll mit Bomben belegt. Sie sind sämtlich unversehrt zurückgekehrt.

Die bereits gemeldeten Vorpостengefächte vor der flandrischen Küste vom 24. April wurden am 25. April fortgesetzt. Dabei wurden durch unsere Seestreitkräfte ein englischer Torpedobootzerstörer schwer beschädigt und ein Hilfsdampfer versenkt, dessen Besatzung gefangen nach Zebrügge eingebracht worden ist. Unsere Seestreitkräfte sind auch von diesen Unternehmungen unbeschädigt zurückgekehrt. Der Feind hat sich aus dem Gebiet der flandrischen Küste wieder zurückgezogen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 26. April. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Südwestrande der Hochfläche von Dobers kam es wieder zu heftigen Kämpfen. Ostlich Solz war es dem Feinde gelungen, in größerer Frontbreite in unsere Stellung einzudringen, als er aber den Angriff fortsetzen wollte, schritten unsere Truppen zum Gegenangriff, jagten ihn bis in seine alten Gräben zurück und vertreiben ihn auch aus diesen in erbittertem Handgemenge. Somit sind auch hier alle unsere ursprünglichen Stellungen in unserem Besitz. Einhundertdreißig Italiener wurden gefangen genommen. Das Artilleriefeuer war an vielen Punkten der kistenländischen Front sehr lebhaft.

Am der Kärntner Front war die Gefechtsstärke gering. Am Col di Lana schenken unsere schweren Mörser ihr Feuer fort. Die Tätigkeit der feindlichen Artillerie hat nachgelassen.

Im Suganaabschnitt räumten die Italiener alle ihre Stellungen zwischen Boito und Roncesgus, in denen viel Kriegsmaterial gefunden wurde, und zogen sich nach Roncesgus zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Döcker, Feldmarschallleutnant.

heftiger Beschädigung gegen mittig einen starken Angriff auf den Vorsprung unternommen, den unsere Linie bei Chapelotte bildet. Der Angriff wurde vollständig abgeschlagen. Einige Abteilungen des Feindes, die in einem Telle nordöstlich dieses Vorsprunges Fuß gefaßt hatten, wurden am Nachmittag daraus zurückgeworfen und zum Teil durch unser Feuer vernichtet. Wir machten etwa 60 Gefangene, darunter einen Offizier.

Flugwesen. Bei Bauquois wurde ein feindliches Flugzeug nach einem Luftkampf zur Landung in den feindlichen Linien gezwungen und durch unsere Artillerie vernichtet, in der Gegend von Verdun hat einer unserer Flieger einen deutschen versenkt und abgeschossen. Dieser fiel auf dem Wassertrüben 60 Meter von unseren Gräben entfernt herab. Ein drittes Flugzeug des Feindes wurde durch einen unserer Flieger abgeschossen und fiel im Walde von Jorges herab. Schließlich stürzte ein Hohlrohrapparat, der von einem unserer Flieger nächster Nähe abgeschossen war, senkrecht herab in der Gegend von Hattonchatel.

In der Nacht vom 24. zum 25. April hat eins unserer lenkbaren Luftschiffe zehn 15,5 Zentimeter-Bomben und sechs 22,0 Zentimeter-Bomben auf den Bahnhof von Conflans abgeworfen.

Belgischer Bericht. Im Abschnitt von Dignude sehr lebhaftige Artillerietätigkeit. In der Nacht und am Morgen Ruhe auf der übrigen Front.

### Die englische Meldung.

London, 26. April. (W. Z. B.) Amtlicher Heeresbericht. Der Feind ließ bei Fricourt und Souchez Minen springen; wir hatten keine Verluste. Wir beschossen feindliche Stellungen nördlich von der Somme. Artillerietätigkeit zwischen Souchez und dem Kanal von La Bassée, ebenso im Abschnitt von Armentières, wo wir die Eisenbahnstationen von Comines und Barneton mit Granaten beschossen. Beträchtliche Flieger-tätigkeit am gestrigen Tage. Es fanden 20 Kämpfe statt. Einer unserer Beobachtungslieger wurde hartnäckig angegriffen, alle Angriffe wurden abgeschlagen. Zwei feindliche Flugmaschinen fielen in die deutschen Linien herab. Die unsrigen kehrten alle wohlbehalten zurück.

### Französisches Flugzeug über Holland heruntergeschossen.

Bilfingeren, 26. April. (W. Z. B.) Heute morgen gegen 5 Uhr wurde ein französischer Farman-Zweidecker nach heftiger Beschädigung durch die holländischen Küstenbatterien und Kriegsschiffe zum Landen gezwungen. Die Maschine ist schwer beschädigt. Der Zweidecker führte keine Bomben, hatte ein Maschinengewehr und war mit drahtloser Telegraphie ausgerüstet. Die Besatzung, die aus einem Sergeanten als Führer und einem Offizier bestand, wurde durch Marine-truppen gefangen genommen.

### Englische Fliegertätigkeit.

London, 26. April. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Admiralität macht bekannt: Am 23. früh wurde trotz ungünstigen Wetters von Flugzeugen der Flotte ein Bombenangriff auf den feindlichen Aerodrom zu Watierkerke ausgeführt. Die Flugzeuge wurden heftig beschossen, aber sie sind alle unversehrt zurückgekehrt. Soweit man beobachten konnte, wurden gute Resultate erzielt. Eines unserer Kampfflugzeuge griff ein feindliches Flugzeug an und brachte es zum Niedergehen. Als man es zuletzt sah, befand es sich dicht am Boden und war nicht mehr zu regieren. Am Morgen des 24. wurde ein neuer Angriff mit demselben Ziele in Verbindung mit Belgien ausgeführt. Eine große Zahl von Bomben wurde abgeworfen. Alle Flugzeuge wurden heftig beschossen, aber die britischen hatten keine Verluste. Die erzielten Resultate scheinen sehr gute gewesen zu sein. An demselben Tage, dem 24., griff ein britischer Aeroplan etwa 5 Meilen von Zebrügge ein feindliches Wasserflugzeug an. Der feindliche Pilot wurde getötet, das Flugzeug fiel herab. Der feindliche Beobachter stürzte heraus, während das Flugzeug sich noch in einer Höhe von 3000 Fuß befand. Das Flugzeug fiel ins Meer und versank.

Während der Operationen gegen das deutsche Schlaakkreuzergeschwader, das am Morgen des 25. an der Ostküste erschien, wurden zwei Zeppeline durch Landflugzeuge der Flotte über 60 Meilen über See verfolgt. Bomben und Pfeile wurden abgeworfen, aber anscheinend ohne ernsthafte Wirkung. Ein Aeroplan und ein Wasserflugzeug griffen die deutschen Schiffe vor Lowestoft an und warfen schwere Bomben ab. Vier feindliche U-Boote wurden ebenfalls mit Bomben angegriffen. Ein Wasserflugzeug kam unter heftiger Feuer der feindlichen Flotte, aber obwohl der Pilot ernstlich verwundet war, konnte er doch das Flugzeug wieder sicher an Land bringen. Ein Pilot wird als vermißt gemeldet. Er stieg bei dem Zeppelinangriff früh am Morgen auf und scheint einen Zeppelin angegriffen zu haben. Man hat seitdem nichts von ihm gehört.

### Englischer Bericht über den letzten Zeppelinangriff.

London, 26. April. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Kriegsamt meldet, daß der Luftangriff in der letzten Nacht auf die Küste von Norfolk und Suffolk anscheinend durch vier oder fünf Zeppeline ausgeführt wurde, von denen nur zwei einen ernstlichen Versuch machten, weiter ins Land zu kommen. Etwa 70 Bomben wurden abgeworfen; ein Mann ist schwer verwundet. Weitere Einzelheiten über Verluste an Menschenleben fehlen noch.

London, 26. April. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Kriegsamt macht bekannt: Feindliche Luftschiffe überflogen gestern nacht Kent und Essex. Ihre Zahl ist unklar, aber es können nicht mehr als vier gewesen sein. Sie wurden mit lebhaftem Feuer der Abwehrgeschütze empfangen und sie kehrten zurück, nachdem sie wenig oder gar nichts ausgerichtet hatten.

### Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 26. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von 25. April. Westfront: Die feindliche Artillerie beschloß den Brückenkopf von Ugljäl. In der Gegend von Jakobstadt südlich des Bahnhofs von Neu-Selburg brachten die Deutschen eine kleine Plattermine zur Explosion. Unsere Flieger warfen 86 Bomben auf wichtige Punkte im Rücken der feindlichen Front, besonders auf den Bahnhof Jelowla westlich Jukt. Feindliche Flieger belegten die Gegend von Molodeczno mit Bomben.

Kaukasusfront: In der Gegend von Achkala stellten die Türken, welche in den Kämpfen schwere Verluste erlitten hatten, am 23. April ihre erfolglosen mehrbrüggigen Angriffe auf unsere Stellungen ein.

### Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 26. April. (W. Z. B.) In dem erst heute eingetroffenen amtlichen Bericht vom 12. April heißt es u. a.: Westfront. In der Nacht zum 12. April erbeuteten wir dank der von uns vorher getroffenen Maßnahmen ein feindliches Schiff, das von Helahie in Richtung Kut el Amara fuhr. Der Kapitän und ein Teil der Besatzung wurden getötet oder verwundet. Wir entdeckten an Bord des Dampfers eine große Menge Proviant und Kriegsmaterial sowie einige Maschinengewehre. — Unsere gegen den Suezkanal vorgehenden Kräfte vernichteten vier von ihnen angetroffene Schwabronen des Feindes vollständig. Wir machten einige Gefangene und erbeuteten große Mengen von Kriegsmaterial, Proviant und Munition. Unsere Verluste in diesem Gefecht waren ganz unbedeutend.

### Gefechte in Ägypten.

London, 26. April. (W. Z. B.) Das Kriegsamt meldet über das Gefecht, das am 23. April im Katiabezirk stattfand: Der Oberbefehlshaber in Ägypten berichtet, daß das Gefecht erster War als es zuerst den Anschein hatte. Die Verteidigung von Tabei wurde von einer Kompanie des Royal Scot's-Regiments tapfer durchgeföhrt. Der Feind ließ 70 Tote zurück, es wurden 28 Gefangene gemacht. An Kriegsmaterial wurden 5000 Patronen-gürtel, 4 Maschinengewehre, 28 Granaten und 80 Gewehre erbeutet. Die Verfolgungsabteilung machte weitere Gefangene, und Flugzeuge fügten dem Feinde mit Bomben und Maschinengewehren Verluste zu. Eine berittene Brigade befand sich den ganzen Tag über im Verfolgungsgefecht mit dem Feinde. Acht Flugzeuge griffen das Lager des Feindes bei Katiab an und übertrafen es vollständig. Das feindliche Lager wurde vollkommen zerstört, und der Feind erlitt durch Bombenabwurf und Maschinengewehrfeuer schwere Verluste. Am 24. fand kein Gefecht statt. Der Feind scheint sich aus dem Katiabezirk zurückgezogen zu haben.

### Vom U-Boot-Krieg.

Osag, 26. April. (W. Z. B.) Gestern nacht kam an Bord des Rettungsschiffes „Atlas“ die Besatzung des englischen Fischereifahrzeuges „Alfred H. 168“ an, das um 12 Uhr durch ein deutsches Unterseeboot zum Sinken gebracht wurde. Das Unterseeboot hatte die Besatzung nach dem Leuchtschiff „Noordhinder“ gebracht.

### Norwegischer Dampfer gesunken.

Gjesfer, 25. April. (W. Z. B.) Meldung des Nigauischen Bureaus. Gestern nachmittag sank ein kleinerer Dampfer beim Gjesfer Leuchfeuer. Er scheint auf eine Mine gelaufen zu sein. Seine Nationalität ist unbekannt. Vom Lande wurde ein von dem Dampfer abrudendes Boot beobachtet, dessen Insassen von einem deutschen Hilfskreuzer aufgenommen wurden. Der Schornstein des gesunkenen Dampfers ragt aus dem Wasser.

Notiz des W. Z. B.: Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, handelt es sich um den norwegischen Dampfer „Stroemoner“ (241 Brutto-Registertonnen), der trotz der in

### Regierung und Gewerkschaftsführer in England.

London, 26. April. (W. Z. B.) Reuter-Meldung. Asquith, Bonar Law und Ritchener hatten heute eine Konferenz mit einer Versammlung von Arbeiterführern, die den allgemeinen Bund der Gewerksvereine und die Eisenbahner, Bergleute und Transportarbeiter vertraten.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 26. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Westlich der Maas griffen die Deutschen gestern am Ende des Tages nach heftiger Beschädigung mehrmals die neuen Stellungen in der Gegend vom Toten Mann an. Nachdem die beiden ersten Versuche vollständig mißglückt waren, unternahm der Feind einen letzten Angriff unter starker Verwendung von brennenden Flüssigkeiten. Durch das Sperrfeuer und unser Infanteriefeuer zum Stehen gebracht, wurden die Deutschen gezwungen, mit bedeutenden Verlusten in ihre Linien zurückzukehren. Heftige Artillerietätigkeit in der Gegend von Avocourt. Im Laufe der Nacht versuchte der Feind ohne Erfolg, vorgeschobene Posten im Kernwerk von Avocourt aufzuheben. Westlich der Maas ziemlich lebhaft Beschädigung unserer ersten und zweiten Linien. Im Walde von Apremont Handgranatenkampf. In Lothringen zerstreuten wir eine starke feindliche Erkundungsabteilung, die versuchte, einen unserer kleinen Posten östlich von Neudiller anzugreifen.

Flugwesen. Heute früh warf ein deutscher Flieger sechs Bomben auf Dümlingen, durch die eine Frau getötet und drei Männer verwundet wurden, der Sachschaden ist unbedeutend.

Paris, 26. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. Nördlich von der Aisne haben unsere Truppen nach Artillerievorbereitung heute morgen den kleinen Wald südlich des Gehölzes von Duttes in der Gegend von Bille-aux-Bois eingenommen. In den Argonnen haben Schüsse unserer schweren Artillerie einen deutschen Posten vernichtet und etwa 50 Meter eines feindlichen Grabens im Abschnitt von Gour de Paris zerstört. Auf der Höhe 285 ließen die Deutschen Minen springen. Unser Sperrfeuer hinderte den Feind an der Befestigung des Trichters, an dessen Südrand wir uns einrichteten. Westlich von der Maas heftige Beschädigung auf der Höhe 304 und in der Gegend von Cönes und Gumieres. Westlich von der Maas war der Tag verhältnismäßig ruhig. Im Voivre-Gebiet sehr heftige Beschädigung im Abschnitt von Moulainville. Keine Infanterietätigkeit im Laufe des Tages. Eines unserer weittragenden Geschütze beschloß wirkungsvoll den Bahnhof von Neudicourt. In Lothringen südöstlich von Badentweiler haben die Deutschen nach

den Nachrichten für Seefahrer erlassenen Warnungen, ungeachtet der Warnungsschiffe und Signale eines unserer Hilfskreuzer das gefährdete Gebiet zu passieren suchte. Die Dampferbesatzung ist gerettet und nach Warnemünde gebracht worden.

## Englische Meldung über das letzte Seegefecht

London, 26. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Nach der „Daily Times“ in Ipswich sind das Geschwader leichter Kreuzer und die Zerstörer, die an dem Seegefecht bei Lomestoff teilnahmen, sämtlich in den Häfen zurückgekehrt. Zwei der leichten Kreuzer wiesen Spuren auf, daß sie getroffen wurden, aber nicht an solchen Stellen, daß sie in ihren Aktionen behindert worden wären. Ein Zerstörer wurde beim Maschinenraum getroffen, aber ein Unglück passierte nicht. Die Verluste betragen etwa 25 Tote und Verwundete. Es scheint, daß der Feind, nachdem er die offene Stadt Lomestoff 20 Minuten beschossen hatte, die Flucht ergriff.

## Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 25. April. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Moschi (Ostafrika): Die Deutschen sind im Zentrum ihrer Stellung in einer sehr schwierigen Lage, und da sie nicht herüber sind, können sie General van Deventer nicht daran hindern, ihre Linien östlich und westlich von dieser Stellung abzuschneiden. Sie müssen sich entweder in zwei Abteilungen trennen oder in der Richtung auf das Meer zurückziehen. Anzeichen machen es wahrscheinlich, daß der Feind sich nach dem Meer sammelt und seine Stellungen bei Tabora aufgeben wird. Der britische Erfolg bei Frangi wurde durch Anwendung von typisch britischen Angriffsmethoden errungen. Das Zentrum wurde festgehalten, während die Flanken langsam und vorsichtig mit Unterstützung von tödlichen, sicher gestelltem Gewehr- und Feldgeschützfeuer entwickelt wurden. Kein Bürger wurde bloßgestellt, während das Netz enger und enger gezogen wurde, bis der Feind nach zweitägigem Kampf den Rest seiner Vorräte verbrannte und eiligst abzog, ehe die Einschließungsbewegung völlig beendet werden konnte. Die Bürger verfolgen den Feind so schnell wie der Zustand ihrer Pferde es erlaubt. Erfolge werden rasch nachgebracht. Militärcorrespondenten, Flugzeuge und Zuspäher sind bemüht, nachzukommen. Die Kräfte, die sich gegenüberstehen, sind ungefähr gleich an Zahl.

## Eine deutsche Vergeltungsmaßnahme.

Fünf Eisenbahnwaggonsladungen mit Paketen für Kriegsgefangene aus Frankreich mit etwa 4000 Sendungen für die Franzosenlager Dolmünden und Ohrdruff sind, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, aus Frankfurt nach Bern zurückgekommen. Die Zurückweisung der Sendungen ist, wie der Schweizerischen Oberpostdirektion aus Bern mitgeteilt wurde, als Repräsentation gegen die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Nordafrika erfolgt, die noch immer von jeder Postverbindung mit der Heimat abgeschnitten sind. Die Schweizerischen Postämter wurden angewiesen, für die genannten beiden Lager keine Sendungen mehr anzunehmen. Nach einer amtlichen deutschen Bekanntmachung ist jeglicher deutscher Postverkehr mit den drei Lagern Holzginden, Friedberg und Ohrdruff gesperrt.

Leider haben unter der Anwendung von Repressalien in der Regel Unschuldige zu leiden. Wenn aber schon an solchen Maßnahmen geübt werden muß, dann sollte man doch in Erwägung ziehen, ob es nicht rascher zum Ziele führt, wenn man die Postsperrung lediglich über die Offiziers-Gefangenenlager verhängt. Damit trifft man Kreise, die auf ihre Regierung einen großen Einfluß haben.

## Die Wehrpflichtfrage in der Geheimhaltung des Unterhauses.

London, 26. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Das Pressebureau teilt mit: In der geheimen Sitzung des Unterhauses gab Asquith Einzelheiten über die Heeresvermehrung und über die militärische Tätigkeit des Britischen Reiches einschließlich der Kolonien und Indien und gab sodann eine Uebersicht über die Unternehmung der Regierung über die Rekrutierungsfrage, Forderungen der Arbeiter und die Bedürfnisse der Handelsflotte, der Häfen, der Munitionsindustrie und der anderen unentbehrlichen Industrien. Er verbreitete sich ferner über die Kostendeckung der Rekrutierung und die Subsidien an die Allierten; er sagte, die Rekrutierung habe seit August nicht mehr ausgereicht, um die Armee gehörig zu entwickeln. Die Regierung beschloß daher:

1. Den Dienst der Mannschaften, deren Dienstzeit abgelaufen ist, bis zu Ende des Krieges zu verlängern.
  2. Die Territorialtruppen mit den Regimentern, die sie brauchen, zu vereinen.
  3. Die befreiten Mannschaften wieder dienstpflichtig zu machen, sobald ihr Befreiungsgesetz abgelaufen ist.
- Ferner schlägt die Regierung vor, junge Leute, die am 3. August noch nicht 18 Jahre alt sind, dienstpflichtig zu machen, sobald sie das 18. Jahr erreicht haben. Zugleich schlägt die Regierung vor: 1. Sofort Maßregeln zu ergreifen, um durch freiwillige Anwerbung der nicht eingeschriebenen Unverheirateten die notwendigen Mannschaften zu erhalten. 2. Die Regierung fordert die Ermächtigung, sofort zu Zwangsmassregeln überzugehen, wenn am 27. Mai nicht 50 000 von diesen angeworben sind. 3. Dasselbe soll stattfinden, wenn in irgend einer Woche nach dem 27. Mai weniger als 15 000 eingeschrieben werden. 4. Die Maßregeln unter 1. und 2. sollen ausgeführt werden, bis die Zahl von 200 000 Mann von den noch nicht eingeschriebenen erreicht ist. An der Debatte nahmen 16 Abgeordnete teil. Das Haus wurde darauf vertagt. Am 26. April wird wieder eine geheime Sitzung stattfinden. Im Oberhause machte Lord Crewe dieselben Mitteilungen.

## Englands Antwort auf die amerikanische Note

London, 25. April. (W. T. B.) Die Regierung veröffentlicht eine lange Denkschrift, die der britische Botschafter in Washington am 24. April dem Staatssekretär Lansing als Antwort auf die Vorstellungen der Vereinigten Staaten bezüglich der Blockade Deutschlands überreicht hat. Darin heißt es: Die Regierung der Vereinigten Staaten beschwert sich darüber, daß die britischen Methoden zur Erlangung von Gewürzen, ob Güter, die nach neutralen Häfen unterwegs sind, für den Feind bestimmt sind,

nicht gerechtfertigt seien. Die richtige Antwort hierauf ist die, daß neuen Listen zur Uebermittlung von Gütern an den Feind durch neue Methoden der Anwendung des anerkannten Grundgesetzes, solchen Handel zu unterbinden, begegnet werden muß. Die Denkschrift stellt fest, daß es unter den Bedingungen moderner Kriegführung unmöglich sein würde, das Recht auf Durchsuchung eines Schiffes auf eine Prüfung an der Stelle, wo es angetroffen wird, zu beschränken. Es ist schon in der Note von Sir Edward Grey vom 10. Februar 1915 darauf hingewiesen worden, daß die Größe moderner Dampfer, ihre Fähigkeit in Gewässern zu fahren, wo Patrouillenschiffe der Alliierten bei jedem Wetter tätig sind, es häufig unmöglich macht, an Bord dieser Schiffe zu gehen, ohne sie nach ruhigen Gewässern zu bringen. Die Frage ist jetzt Admiral Jellicoe unterbreitet worden. Dieser hat erklärt, es sei offenbar, daß je größer das Schiff, je größer die Ladung, desto schwieriger die Prüfung auf hoher See werde. Admiral Jellicoe bestreitet durchaus die amerikanische Behauptung, daß kein Unterschied bestehe zwischen der Durchsuchung eines Schiffes von 1000 Tonnen und eines solchen von 20 000 Tonnen. Admiral Jellicoe gibt auch andere Gründe an, die es notwendig machen, Schiffe zur Durchsuchung nach einem Hafen zu bringen; der wichtigste unter diesen ist die völlige Abhängigkeit des Völkerrechts und der von ihm selbst aufgestellten Vorkriegsbestimmungen seitens Deutschlands und des Anstrebens und Versenkens von neutralen wie britischen Schiffen, ohne die Schiffe zu untersuchen und die Ladungen zu prüfen. Admiral Jellicoe fügt hinzu, das deutsche Verfahren, amerikanische Vögel zu mißbrauchen, um freies Geleit für militärische Personen und Agenten feindlicher Nationalität zu erlangen, mache es notwendig, alle verdächtigen Personen sorgfältig zu untersuchen; und um dies mit Erfolg tun zu können, muß das Schiff in einen Hafen gebracht werden. Zu der Liste von Fahrzeugen, die in der amerikanischen Note erwähnt werden, deren Ladung zurückgehalten worden ist, heißt es in der Denkschrift: Das Auffallendste an dieser Liste ist die Schnelligkeit, mit der die Schiffe wieder freigelassen, und der sehr geringe Verlust und die geringe Unannehmlichkeit, denen sie in der Regel ausgesetzt worden sind. Die Denkschrift fügt hinzu: Die königliche Regierung wünscht den Vereinigten Staaten zu versichern, daß sie ihre Bemühungen fortsetzen wird, die Ausübung dessen, was sie als Recht eines Kriegsführenden betrachtet, so wenig als möglich lästig für die Neutralen zu gestalten.

## Revolte in Dublin.

Amsterdam, 26. April. (W. T. B.) In seiner Erklärung im Unterhause sagte der Chefsekretär für Irland Birrell, wie Reuter noch ausführlicher meldet, folgendes:

Gestern mittag brachen in Dublin Unruhen aus, eine große Zahl von Leuten, die mit der als Sinnfein bekannten revolutionären Vereinigung in Verbindung stehen und größtenteils bewaffnet waren, besetzte St. Stephens Green, ergriff gewaltsam Besitz vom Postamt, durchschnitt dort die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen und besetzte schließlich auch Häuser in den Hauptstraßen und entlang dem Kanal. Im Laufe des Tages trafen aus dem Lager von Currah Soldaten ein, die jetzt Herren der Lage sind. Soweit hier bekannt ist, sind drei Offiziere, 4 oder 5 Soldaten, 2 treugebliebene Freiwillige und 2 Polizeibeamte getötet worden. Verwundet wurden 4 oder 5 Offiziere, 7 oder 8 Soldaten und 6 treugebliebene Freiwillige. Ueber die Verluste der Anhänger der Sinnfein-Bewegung sind noch keine genauen Mitteilungen eingegangen. Nach Meldungen aus Cork, Limerick, Ennis, Tralee und Tipperary haben sich dort keine Unruhen ereignet.

## Tittoni konferiert mit dem König.

Mailand, 26. April. (T. U.) Der „Secolo“ meldet aus Rom: Tittoni ist nach der italienischen Front abgereist. Gerüchteleise hängt angeblich diese Reise mit dem besonderen Wunsch Triands zusammen, Konferenzen mit dem König betreffs der möglichen Entwicklung der Kriegslage durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Amerikas zu Deutschland einzuleiten.

## Ein sterbendes Volk.

Der Serbe N. Beschitsch-Gostujtski schildert in der „Ruska Wedomosti“ das tragische Schicksal seines Volkes, dessen männlicher Teil zum größten Teil ausgerieben und dessen Ueberreste einer ungewissen Zukunft entgegensehen. „Wir Serben — schreibt er — haben bei einer Bevölkerungszahl von 2,9 Millionen im Jahre 1912 402 000 Soldaten ins Feld gestellt. Diese Zahl hat der verstorbene Minister Zajar Waischu auf Grund der Verpflegungslisten der Armee festgestellt. Seitdem haben die weiteren Einberufungen nicht aufgehört. Von Feinden umringt, schlugen wir uns bis zum letzten Blutstropfen, kämpften wir nach allen Seiten, während unser Volk vor Hunger starb. Serbien ist nun, gleich Belgien, von Feinden erobert, es besitzt aber zugleich fast keine männliche Bevölkerung mehr. Ein Teil ist getötet, ein anderer gefangen... ein Teil flüchtete nach Albanien, wo er zugrunde ging: 88 000 Jünglinge, die vor der Einberufung standen, wurden von unseren flüchtenden Truppen nach Albanien geschafft. Wist ihr, wieviel davon nach Korfu gelangt sind? Weniger als 10 000! Die übrigen kamen in den Schneefeldern Albaniens um, an der Grenze des besetzten Lagers von Salona, wo man die Serben nicht hineinließ, aus Furcht, sie könnten die Cholera ins Lager hineintragen. So ging die Plüte der serbischen Jugend zugrunde, zusammen mit den Veteranen dreier Kriege: Nur Ueberreste wurden schließlich nach Korfu und Bizerta geschafft...“

In der Besatzung, daß das serbische Volk stirbt, steht keine Uebertreibung. Als wir 1912 den Krieg gegen die Türken begannen, zählte man in Serbien 2,9 Millionen Personen beiderlei Geschlechts. Im Verlauf von vier Jahren hat dies keine Volk vier Kriege durchgemacht. Wer zählt es, wie viel wir in den Kämpfen gegen die Bulgaren verloren haben? Wie viele Hunderttausend sind es! Wie die Bulgaren zugrunde an der Cholera, dem Fleck- und Rückfalltyphus? Wie viele Hunderttausende! Und wie viele gingen zugrunde während der Offensive der Deutschen, Oesterreicher und Bulgaren? ... Wie viele kamen in den Schneefeldern Albaniens um, als das ganze Volk flüchtete? Man weiß, daß Tausende hierbei ihr Leben liehen. Man nährte sich von Schokolade, das in Stücke geschnitten und gelocht wurde. Schwer ist es, unsere Opfer zu zählen...“

Die endlich in Korfu oder in Triand anlangten, waren kaum lebendig, und viele Tausende starben in diesen Städten der Erschöpfung...“

Sollte auch — so schließt dieser erschütternde Pilger — ein Groß-Serbien entstehen, so wird es lediglich aus Frauen, Kindern und unbesetzten Aedern bestehen.

Wir, die Ueberlebenden, fragen uns: wie, auf welche Weise soll die Wiedergeburt des serbischen Volkes vor sich gehen? Wozu braucht es ein Groß-Serbien, wenn es keine Serben mehr geben wird?“

Diese selbe Frage richteten unsere Genossen, die tapferen serbischen Sozialisten, schon vor Ausbruch des Weltkrieges, dessen furchtbare Folgen sie voraussahen, an die Herrschenden. Doch ihre Mahnungen, ihre Anklagen, verhallen ungehört in dem Wirbel des Weltsturms, der das serbische Volk mehr als jedes andere in Mitleidenschaft gezogen hat. (2)

## Die russisch-japanischen Abmachungen.

Die von uns bereits kurz erwähnte Meldung über weitgehende Abmachungen zwischen Rußland und Japan liegt jetzt in einem telegraphischen Telegramm der „Ruskoje Slowo“ vom 11. April im Wortlaut vor. Das Telegramm lautet:

„Die japanische Zeitung „Riischi-Riischi“ teilt aus zuverlässigen Quellen mit, daß zwischen Rußland und Japan ein Abkommen geschlossen wird, das folgendes enthält:

1. Rußland ist damit einverstanden, Japan die ostchinesische Bahn nördlich Tschangtschun bis zu einem Punkte dicht südlich Chabin abzutreten.
2. Japan ist damit einverstanden, Rußland mit Waffen und Vorräten bis zu den äußersten Grenzen seiner Produktionskraft bis zum Ende des Krieges gegen Deutschland und Oesterreich zu versorgen.
3. Rußland ist damit einverstanden, den Japanern, die in Ostibirien, im nördlichen Sachalin, in der Zone der ostchinesischen Bahn oder in der nördlichen Mandchurei Ackerbau, Handel oder Industrie treiben wollen, Vergünstigungen einzuräumen.
4. Rußland eröffnet in Wladiwostok einen Handels-hafen und verzichtet auf militärische Vorbereitungen irgendwelcher Art, da diese in Japan mitverstanden werden könnten.
5. Japan und Rußland verpflichten sich, gegenseitig ihre Interessen in der Mandchurei und Mongolei zu achten, und wenn in der russischen Einflußsphäre während des Krieges mit Deutschland und Oesterreich irgendwelche Unordnungen vorkommen, übernimmt Japan auf Bitten Rußlands die Wiederherstellung der Ordnung.
6. In dem Falle, daß Japan in China notwendige Handlungen vornimmt, um den Frieden zu erhalten, ohne das Prinzip der Unantastbarkeit Chinas und der Gleichberechtigung zu verletzen, gesteht Rußland Japan Freiheit solcher Handlungen zu, im Falle der Einmischung einer dritten Macht handelt Rußland in Uebereinstimmung mit Japan.“

Das japanische Blatt, das diese Meldung brachte, versichert, dieses Abkommen werde demnächst in Petersburg unterzeichnet werden. Daraufhin brachte die „Ruskoje Slowo“ eine Mitteilung „von anderer Seite“, die die japanische Meldung wesentlich einschränkt. Danach bestehen die Zugeständnisse Rußlands an Japan in der Ueberlassung jenes Teiles der Bahnstrecke Kwangtschense — Chabin, der die erweiterte japanische Einflußsphäre durchschneidet, ferner in der Erlaubnis zur Niederlassung japanischer Einwanderer und Unternehmer in Nord-Sachalin und Ost-Sibirien und in dem Verwaltungsgebiete der ostchinesischen Eisenbahn. Die Forderung Japans, Wladiwostok künftig ausschließlich den Charakter eines Handels-hafens zu geben, würde von der weiteren Erörterung ausgeschlossen.

Ueber die gegenseitigen Beziehungen Japans und Rußlands in der Mandchurei und Mongolei schweigt sich die russische Meldung aus, man darf aber nicht vergessen, daß das Zusammenwirken der beiden Vertragsmächte in diesen Gebieten durch die gegenseitigen Abmachungen von 1910 und 1912 festgelegt worden ist. Klar bleibt die Frage der China-Politik beider Staaten, obgleich anzunehmen ist, daß Japan seine jetzige Vormachtstellung im fernem Osten auch in diesem Abkommen zum Ausdruck gebracht hat. Alles in allem bedeuten die jetzigen Abmachungen eine enorme Machtvermehrung Japans und ein Zurückweichen Rußlands in einigen wichtigen Punkten. Jedoch von einer Preisgabe der militärischen Stellung Rußlands im fernem Osten, wie die erste Meldung lautete, kann vorläufig nicht die Rede sein. — vorausgesetzt, daß die oben wiedergegebene offiziöse russische Mitteilung die Wahrheit sagt.

## Letzte Nachrichten.

### Verfenkung eines englischen U-Bootes.

Amstich, Berlin, 26. April. (W. T. B.) Am 25. April ist das englische U-Boot E 22 in der südlichen Nordsee durch unsere Streitkräfte verfenkt worden. Zwei Mann gerettet und gefangen.

Ein U-Boot erzielte an demselben Tage und in derselben Gegend auf einen englischen Kreuzer der Arethusa-Klasse einen Torpedotreffer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Kriegsgewinnsteuern in Ungarn.

Budapest, 26. April. (T. U.) Der Rittmeister statfindenden neuerlichen Kriegsgang des ungarischen Parlaments wird, wie das Blatt „Az Est“ meldet, der Finanzminister Telezky eine Indemnitätsvorlage für den Budgetabschnitt vom 1. Juli 1918 bis Ende dieses Jahres unterbreiten. Einen wichtigen Punkt der Session wird der Wesehtour über die Kriegsgewinnsteuer bilden. Die neue Steuer wird von den diesbezüglichen deutschen und österreichischen Steuerentwürfen abweichen und sich dem bisherigen ungarischen Steuersystem anpassen. Sämtliche Vermögen, die im Zusammenhang mit dem Krieg in den Jahren 1914, 1915 und bis her 1918 erworben wurden, fallen unter die Kriegsgewinnsteuer. Im Gegensatz zu dem deutschen Entwurf wird nicht der Vermögenszuwachs, sondern der Einkommenszuwachs besteuert. Die Steuer ist mäßig und progressiv. Die Einnahmen aus der neuen Steuer werden nur in geringem Maße die Kriegsausgaben decken können.

### Ein dänischer Dampfer ausgebracht.

Kopenhagen, 26. April. (T. U.) Nach dem Kopenhagener „Egaldemokrat“ wurde ein großer Dampfer, der von Amerika mit 85 000 Tonnen Getreide nach Dänemark unterwegs war, in Skjovall eingebracht, obwohl die Korladung für den dänischen Staat bestimmt war. Die Engländer begründen die Einbringung damit, daß der Dampfer, der nach Norwegen gehört, aber in Holland gelandet war, mit deutschem Gelde finanziert sei.

## Gewerkschaftliches.

### Wiederaufnahme der zentralen Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Nachdem die zentralen Verhandlungen über die Verlängerung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe und über die Festsetzung einer Feuerungszulage, die im Februar in Berlin im Reichsamt des Innern stattgefunden haben, ergebnislos geblieben waren, ist der Reichstarif am 31. März zum Ablauf gekommen. Inzwischen hatte der Deutsche Arbeitgeberbund beschlossen, die von ihm in der damaligen Verhandlung angebotene Feuerungszulage vom 15. März ab freiwillig zu zahlen.

Das Reichsamt des Innern ist nun wiederholt bemüht gewesen, die ehemaligen Vertragsparteien zu neuen Verhandlungen wieder zusammenzuführen. Die Arbeitervertreter hatten schon am Schlusse der früheren Verhandlung erklärt, daß und unter welchen Voraussetzungen sie bereit wären, zu weiteren Verhandlungen zu erscheinen. Nachdem auch der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sich bereiterklärt hat, in Verhandlungen einzutreten, sind solche auf den 3. Mai festgesetzt.

Die Verhandlungen finden in Berlin im Reichsamt des Innern statt und werden von dem Direktor im Reichsamt des Innern Erzengel Caspar geleitet.

### Berlin und Umgegend.

Aus dem Jahresbericht der Berliner Zimmerer. Dem Jahresbericht für 1915, den die Zahlstelle Groß-Berlin des Zimmererverbandes herausgegeben hat, entnehmen wir:

Im Jahre 1915 war namentlich auch im Gebiet der Zahlstelle die Bautätigkeit stark beeinflusst. Der Unterschied gegen das Vorjahr wird durch Zahlen des Berliner Statistischen Amtes gekennzeichnet. Danach wurden in Berlin in den ersten neun Monaten des Jahres 1914, also das dem Geschäftsjahr vorausgehenden Jahres noch 5021 Baugesuche gezählt, während in derselben Zeit des Jahres 1915 nur 1885 Baugesuche eingingen. Demgemäß verringerten sich auch die Baueinverteilungen und Baugenehmigungen.

Trotz dieses Rückganges der Bautätigkeit waren die Berliner Zimmerer in der Lage, feststellen zu können, daß sie im großen und ganzen recht flott zu tun hatten und infolgedessen von größerer Arbeitslosigkeit verschont blieben. Die Unterstüßungsleistungen des Verbandes geben hierüber in folgenden Zahlen Aufschluß, die für Berlin festgesetzt wurden. Die Arbeitslosenunterstützung betrug pro Mitglied 33,17 M. im Jahre 1913; 27,39 M. im Jahre 1914 und 4,31 M. im Jahre 1915. Und die unterstützten Arbeitslosen-tage betragen pro Mitglied 18,26 im Jahre 1913, 12,99 im Jahre 1914, 4,04 im Jahre 1915. Also wurde in der Höhe der Unterstützung das Jahr 1915 von 1914 um mehr als das Sechsfache, von 1913 sogar um fast das Neunfache überflügelt, während die Zahl der pro Mitglied unterstützten Arbeitslosentage 1915 um mehr als das Vierfache und 1914 um das Dreifache höher war.

Diese Gestaltung der Verhältnisse im Jahre 1915 erklärt sich aus den fortgesetzten Einberufungen zum Militärdienst, aus der Herstellung umfangreicher Barackenbauten und aus der Ausföhrung all derjenigen Bauten, die mit dem Kriege unmittelbar in Verbindung stehen. Bei allen diesen Bauten wurden eine ganze Anzahl Berliner Zimmerer beschäftigt.

Am Schlusse des Jahres 1914 hatte die Zahlstelle 1648 Mitglieder, während am Schlusse des Jahres 1915 die Mitgliederzahl 1810 betrug. Das ergibt an sich innerhalb des Jahres 1915 eine Abnahme der Mitgliederzahl um 828. Hierbei ist aber die Zahl der

zum Militär eingezogenen Mitglieder nicht in Rechnung gestellt. Berücksichtigt man diese, dann ergibt sich, daß durch die gemeinsame Agitationsarbeit im Laufe des Jahres 1915 neu 394 Mitglieder gewonnen wurden. Ein sehr erfreuliches Resultat. — Die Lokalkasse wies am Schlusse des Jahres 1915 einen Bestand von 88 884,05 M. auf. Das ist ein um 8388,39 M. höherer Bestand, als am Schlusse des Jahres 1914. — Für Unterstützungen wurden im Berichtsjahr 84 134,81 M. ausgegeben, wovon der weitaus größte Teil, nämlich rund 25 315 M., auf Familienunterstützung entfielen. In 78 Fällen waren im Laufe des Jahres Differenzen auf Bauten und Plänen zu schlichten.

### Deutsches Reich.

#### Eine hausgewerbliche Lohnbewegung in der Solinger Stahlwarenindustrie.

Nach mehrmonatigen Bemühungen und Verhandlungen ist eine Lohnbewegung, die das ganze Solinger Industriegebiet umfaßt, zum Abschluß gekommen. Die Herstellung der Solinger Stahlwaren geschieht größtenteils trotz ihrer Spezialisierung durch Hausgewerbetreibende. Im Frieden beschäftigt diese Industrie etwa 50 000 Personen. Durch den Krieg wurden alle Teile dieser Industrie, mit Ausnahme der Betriebe zur Herstellung blanker Waffen, hart getroffen. Die Arbeitslosigkeit war enorm und die Wiederaufnahme der Produktion ging sehr langsam vonstatten. Das Arbeitsmaterial und die Werkzeuge sind im weitestlichen von den verschiedenen Spezialarbeitern selbst zu beschaffen, mit Ausnahme des Stabes. Mit den Fabrikanten, die den Spezialarbeitern, nämlich Schlägern, Schleifern, Weibern, Ausmachern, Pflasterern usw., die Arbeit in Auftrag geben, sind seit alten Zeiten Preisverträge vereinbart, unter denen nicht bezahlt werden darf. Im Uebertretungsfall muß das erhaltene Geld in die Gewerkschaftskasse bezahlt werden. Die Gewerkschaften haben das Recht, Einsicht in die Geschäftsbücher zu nehmen, um die Einhaltung der Preisverträge überwachen zu können.

Die Arbeitsmaterialien wie Sämirgel, Del, Leder, Wärfen sind nun bekanntlich ganz ungeheuer im Preise gestiegen, weshalb auch die Fabrikanten den Preis der fertigen Waren wiederholt steigerten, aber ohne die Arbeiter, die doch die teuren Materialien kauften, an dem Weitertrag der Waren teilnehmen zu lassen. Verhandlungen leiteten diese Unternehmer zunächst ab. Dann waren sie geneigt, 5 Proz. mehr zu zahlen. Dieses Angebot wurde von den Arbeitern einstimmig abgelehnt. Jetzt ist unter dem Druck der Tatsache, daß mit einem Streik in der Industrie gerechnet werden mußte, eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach zu den bestehenden Preisen der Preisverträge Zuschläge bezahlt werden, die je nach der Menge der von den einzelnen Branchen benötigten Materialien 15 bis 20 Proz. betragen.

### Aus der Partei.

#### Minoritätsklärung zur Einberufung der Berliner Verbandsgeneralversammlung.

Der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend beschloß in einer Sitzung am 25. April, nach längerer Diskussion, die Einberufung einer ordentlichen Generalversammlung zur Neuwahl des Verbandsvorstandes. Zu diesem Beschluß gaben die unterzeichneten Mitglieder des Vorstandes folgende Erklärung ab:

Der heutige Beschluß des Zentralvorstandes, die nächste Verbandsgeneralversammlung auch dann abzuhalten, wenn ein Bericht der Verbandsleitung und eine freie Aussprache über die Berliner Parteiverhältnisse nicht möglich ist, verstößt gegen Wortlaut und Sinn des Berliner Verbandsstatuts.

Die Beschlüsse einer solchen statutenwidrig einberufenen Verbandsgeneralversammlung sind infolgedessen rechts-

ungültig und für die Mitglieder des Verbandes in keiner Weise bindend.

Der Beschluß des Zentralvorstandes beweist aber aufs neue, daß der Mehrheit derselben ohne auf die schwierige Lage der Partei Rücksicht zu nehmen, jedes Mittel recht ist um die Leitung des Verbandes mit Leuten zu besetzen, die jederzeit auch den parteiführenden Wünschen unverantwortlicher Kreise willenlos nachkommen.

Wir protestieren gegen diese brutale Unterdrückung der Meinungsfreiheit, wie auch gegen das systematische Hinübergeben der Berliner Parteiorganisation zu den Bestrebungen der Sonderorganisationen und fordern vom geschäftsführenden Ausschuss die unbedingte Einhaltung der für die Einberufung von Verbandsgeneralversammlungen vorgesehenen statutarischen Bestimmungen.

Franz Thurom, Albert Dabnich, August Bohl, Alexander Fröhlich, Alois Steffenhofer, Fritz Wolf, A. Vittorf, Julius Jänide, Franz Lucht, Elfride Kyned, Kaspar Wenzel, Karl Albohr, O. Schröder, Emil Wagner, Julius Meyer, Otto Weis, Alex. Bogel, Richard Fischer, S. Umlauf, Gustav Schmidt.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses erklärten hierzu folgendes:

Wir schließen uns dem gesamten Inhalt obiger Erklärung an. Eugen Ernst, Theodor Fischer, Emil Böcke.

Wir möchten demgegenüber erklärend hinzufügen, daß der Zentralvorstand beschlossen hat, den geschäftsführenden Ausschuss zu beauftragen, der nächsten Zentralvorstandssitzung Vorschläge für die Tagesordnung der Verbandsgeneralversammlung zu unterbreiten. Erst die nächste Zentralvorstandssitzung wird die Tagesordnung feststellen.

## Genossenschaftliches.

### Der größte schweizerische Konsumverein im Jahre 1915.

Der Allgemeine Konsumverein Basel, der größte der Schweiz, hat im Kriegsjahr 1915 ebenfalls stark zu spüren bekommen. Wohl ist auch unter den obwaltenden Umständen keine Mitgliederzahl wieder um 608 von 86 844 auf 87 452 gestiegen, aber in den letzten Friedensjahren war die jährliche Mitgliederzunahme jeweils eine größere, so 1912 von 82 644 auf 83 950 und 1913 auf 85 952, um rund 2000. Der Jahresumlay des Basler Konsumvereins ist dagegen im Berichtsjahre um mehr als 800 000 von 28 499 402 Fr. in 1914 auf 29 082 079 Fr. zurückgegangen. Diese Verminderung ist durch die Abnahme des auswärtigen Verkehrs des großen Schlächtereigenschaftes verursacht, dessen Gesamtumlay von 6 800 512 Fr. in 1914 auf 5 830 232 Fr. in 1915 zurückgegangen ist, um rund 1 Million Frank. Ein Beweis dafür, daß die Arbeiter in empfindlichem Maße den Fleischkonsum aufgeben oder doch stark einschränken mußten. Dagegen hat das Milchgeschäft eine Erhöhung des Umlages von 7 683 441 Fr. auf 7 930 478 Fr., das Wägereigenschaft von 1 781 329 Frank auf 2 126 979 Fr., das Schuhwarengeschäft von 808 062 Fr. auf 898 949 Fr., das Warengeschäft von 5 980 801 Fr. auf 6 093 315 Fr. erfahren. Der erzielte Ertragsüberschuss der Jahresrechnung beträgt 2 188 939 Fr., wovon nach 251 822 Fr. Abreibungen ein Reingewinn von 1 887 107 Fr. verbleibt. Die Mitglieder erhalten eine Rückvergütung von 8 Proz. gleich 1 787 098 Fr. Die Depositenkasse des Basler Konsumvereins hat im Berichtsjahre eine Vermehrung von 1 871 757 Fr. auf 2 161 285 Fr., der Umlauf der Obligationen von 2 722 500 Fr. auf 2 996 900 Fr. erfahren. Der Verein besitzt 23 Liegenschaften im Nutzwerte von 4 845 000 Fr. Bestehen ist auch die Zahl der Angestellten des Vereins von 1123 auf 1130, von denen sich 151 in ausländischem Kriegsdienst befinden. An deren Familien sind seit Kriegsausbruch 170 000 Fr. als Unterstützungen ausbezahlt worden.

So behauptet sich das Genossenschaftswesen in der Schweiz trotz alledem in der großen Krise der Kriegszeit.



**Noiree**  
Mantel aus ganz vorzüglicher Ware mit hübschen Seiden-schleifern auf doppeltem Gurt, in allen, auch den größten Weiten  
nur 37.50

**Taft**  
3/4 langer Mantel, eleganter, jugendliche Form, reich verziertes Nieder, Wiener Kermel  
nur 35.50

**Colienne**  
Schmudes Straßenkleid in schön abgeputzten Fa ben, durch reiche Falten wunderschön wirkender Stoff und Rock  
nur 55.50



Sonntags  
geschlossen!

**Rönigstraße 33**  
am Bahnhof Alexanderplatz  
**Chausseestraße 113**  
beim Kleiner Bahnhof

Graf Andrássy über die Zukunft Polens.

In der Sonntagsnummer der „Frankfurter Zeitung“ äußert sich Graf Julius Andrássy, früherer Minister und einer der bekanntesten Politiker Oesterreich-Ungarns, im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers in sehr bemerkenswerter Weise über das polnische Problem. Graf Andrássy hat sich während des Krieges mehrfach über diese Frage in der Presse geäußert. Jetzt jedoch, nachdem der Reichskanzler sich bestimmter über die Zukunft Polens ausgesprochen hat, gewinnt die Erörterung dieses Problems durch einen der führenden Politiker Oesterreich-Ungarns eine aktuelle politische Bedeutung, und zwar nicht so sehr im Sinne eines bestimmten Programms — von dessen Formulierung Graf Andrássy aus begrifflichen Gründen Abstand nimmt —, als im Sinne der Darstellung aller Komplikationen des polnischen Problems und der daraus sich ergebenden Notwendigkeit einer bestimmten Koordination der Politik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

„Rußland die befreite polnische Provinz zurückzugeben — schreibt Graf Andrássy — wäre ein Armutzeugnis und ein Zeichen von Feigheit. Wenn wir aus Angst vor einer Vergeltung Rußlands 12 Millionen Menschen uns nicht anzugliedern wagten, die einen solchen Anschluß für kein Unglück oder keine Demütigung ansehen, sondern davon eine Aufrechterhaltung erhoffen; wenn wir es nicht wagten, uns jenes einzige Volk näherzubringen, das an unseren Grenzen nicht unser unbedingter Feind ist und zu gewinnen wäre, dann wäre es in der Tat eine Schande gewesen, das Leben so vieler Hunderttausende von Menschen aufs Spiel zu setzen. Es ist kein Argument für das Entgegenkommen, daß wir dadurch den Redenkrieg vermeiden würden, den die Tatsache der Befreiung der Polen herausbeschwören könnte, denn durch unsere Feigheit könnten wir hinwieder den Krieg herbeiführen, der daraus entsünde, daß die polnische Wunde sich an unserem Leibe wieder öffnete und daß sich die Machtstellung Rußlands befestigen würde, sobald es die Einigung der polnischen Nation auf seine Fahnen schreiben könnte. Wenn wir in dem Falle unseres Sieges die Polen nicht befreien, so würde die Kraft der Tatsachen beweisen, daß sie von uns nichts zu erhoffen haben und daß ihnen nur der Sieg Rußlands eine der Vorbedingungen künftiger Entwicklung: die Einigung dieser zerstückten Teile zu bieten vermag. Umgekehrt wird ein erobertes Gebiet zurück, das von allen seinen Empfindungen nach dem alten Anschlusse hingezogen wird, so mag das der Ausfluß richtiger politischer Berechnung sein; stellen wir aber ein Volk wieder unter russische Herrschaft, in dem die Vorbedingungen und der Wille zu einem von Rußland unabhängigen Dasein vorhanden sind, so hieße das, sich dem Prestige Rußlands beugen, und wir würden siegreichen Schlachten die Folge nehmen, daß Rußland von dem Balkan und aus Mitteleuropa verdrängt würde.“

Graf Andrássy findet es begreiflich, daß der Reichskanzler in seiner verantwortlichen Stellung heute noch nicht ausgesprochen hat, was die verbündeten Staaten mit dem befreiten Polen zu beabsichtigen. Er hofft jedoch, daß die Regierungen diese Frage untereinander baldigst klären und mit ihrer Lösung vor die Öffentlichkeit treten würden. Bis dahin will er bloß einige Grundthesen vor der Öffentlichkeit festlegen.

1. Graf Andrássy hält es für vollständig ausgeschlossen und unmöglich, eine Lösung auf Grund der Idee einer Teilung Russisch-Polens herbeizuführen, denn dies würde die gesamte polnische Nation in das Lager unserer Feinde drängen. Die Verwerflichkeit dieses Gedankens liegt schon darin, daß er nur gegenseitigen Mißtrauen entpringen könne. Historisch sei die erste Aufteilung Polens darauf zurückzuführen, daß Preußen und Oesterreich Gegner waren und keiner des anderen Kräftigung mit ansehen konnte, ohne selber in gleichem Maße an Kraft zuzunehmen. Heute sei jedoch die Lage anders. Beide aufeinander angewiesene Mittelmächte müßten jetzt ihr gegenseitiges Verhältnis nicht unter dem Gesichtspunkt fixieren, daß das Gleichgewicht Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bis auf das letzte Jota das alte bleibt und daß sie über gegeneinander schützende strategische Grenzen verfügen, sondern daß nur die nach Rußland blickenden Grenzen für beide Staaten von Wichtigkeit seien.

2. Für völlig ausgeschlossen hält Graf Andrássy ferner eine Lösung, die einen Gebietsverlust der siegreichen Großmächte nach sich zöge, also die Einigung der drei polnischen Landesteile und die Begründung eines unabhängigen Königiums Polen. Deutsch-Polen ist das sine-qua-non (unbedingte Voraussetzung) von Preußens Stärke. Der wäre nicht bei klarem Sinnen, der daran dächte, Preußen solle geneigt sein, die territorialen Zusammenhänge seiner eigenen Provinzen sichernden polnischen Gebiete nach einem deutschen Siege hinzugeben. Auch muß jeder Pole wissen, daß in diesem Verlaufe die Geschichte nicht rückgängig gemacht werden kann. Die Wichtigkeit Galiziens vom Standpunkte Oesterreich-Ungarns aus kann nach dem jetzigen Besatze jedenfalls nicht geleugnet werden. In Galizien haben wir Ungarn, Schlesien und Wälahen verteidigt. Und es kann auch nicht der Lohn unserer übermenschlichen Anstrengungen sein, daß wir unsere militärische Position vernachlässigen sollen.

3. Auch würde ich es nicht für zweckmäßig halten — fährt Graf Andrássy fort — wenn unter Verbeibehaltung der heutigen Dreiteilung aus der Provinz Warschau ein selbständiges polnisches Königreich als Pufferstaat gemacht würde. Eingeteilt zwischen drei Mächte, die viel größer sind als dieses Königreich wäre, hätte es nicht die Vorbedingungen selbständigen Lebens und empfinden den natürlichen Trieb, die zu Preußen und zu Oesterreich gehörenden Teile zu erwerben und dort Irredentismus anzufachen. Wäre dieses neugegründete polnische Königreich wirklich selbständig, so könnte es tatsächlich existieren, doch es von Rußland für sich gewinnen würde. Von allen seinen Nachbarn wäre Rußland der einzige, der den Gedanken einer Eroberung der übrigen Teile ausdrücklich unterhalten könnte, naturgemäß mit dem Hintergedanken, in der Folge das vereinigten Polen von neuem zu unterjochen. Dem russischen Einfluß würde auch noch Raum eröffnen, daß die Zollunion zwischen dem polnischen Königreich und dem eigentlichen Rußland ernste wirtschaftliche Zusammenhänge geschaffen hat, und daß das für den Fall staatlicher Selbständigkeit vermutlich erwachende Bestreben nach selbständiger industrieller Entwicklung in erster Reihe einen Wirtschaftsvertrag mit Rußland verlangen würde, denn Rußland vermag den frühesten polnischen Reiches den größten Markt zu gewährleisten. Es könnte sich begeden, was Bismarck fürchtete, daß nämlich das von uns befreite Polen sich früher oder später gegen uns wenden würde. Warschau wäre der Mittelpunkt aller internationalen

Kräfte. Das Gefühl, zu Danke verpflichtet zu sein, würde die Dynastie auf dem polnischen Throne, die den Boden für ihre eigene Entwicklung im polnischen Chauvinismus suchen würde, und ebenso entfremden, wie das Selbstgefühl der Nation. Dankeschuld ist eine schwere Last, unter deren Druck natürliche Freunde zu Feinden werden können. Und wenn wir die Garantien darin suchen, daß wir das auf dem Papier für souverän erklärte Polen effektiv dennoch unter unsere Oberhoheit stellen, dann würden wir durch Zunahme der Antipathien und Abnahme der inneren Einheit verlieren, was wir durch Sicherung der Machtmittel gewinnen.

Es wäre nicht rätlich, einen Schutz unserer Interessen von einer solchen lausse position (falschen Stellung) zu erhoffen, wie die eines Staates und einer Dynastie wäre, die mit der Prävention der Unabhängigkeit auftreten, in Wirklichkeit aber von ihren Nachbarn abhängig sind und keine selbständige Politik machen dürfen. Auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn würde die Mitherrschaft über Polen trüben. Es genügt, an Schleswig-Holstein und Albanien zurückzudenken. Laßt aus der Geschichte und aus der Gegenwart Lehren ziehen und nicht vergessen, daß nichts das Verhältnis zweier Mächte zueinander ärger gefährdet, als die der Eifersucht entsprechende gemeinsame Beeinflussung eines dritten Landes. Geht es, das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf Basen zu legen, die fester und beständiger sind als die bekannten Bündnisse, dann bedarf es keiner Eifersüchteleien und keiner Dreiteilung Polens, wovon zwei Teile Bestandteile eines anderen Staates sind, während der dritte unabhängig ist, es aber auch nicht ist. Dann können wir zu der richtigen Lösung greifen, das befreite Polen samt der schon dazu gehörigen polnischen Provinz vereint jener Nachbarmacht anzugliedern, im Grunde mit der es die weisse Kraft zum Widerstand gegen russische Forderungen und etwaige Angriffe zu entfalten vermag. Gelänge es aber nicht, das Verhältnis beider Großmächte zueinander inniger zu gestalten, dann wäre eine Mitherrschaft eine positive Gefahr, die das Bündnis selber kompromittieren würde.

Ih bin fest überzeugt, daß wir jenes große Interesse, welches wir daran haben, daß das durch uns befreite und begründete Polen sich nicht gegen uns wenden könne, daß es dem Auslande gegenüber uns unterstütze und mit seinem Los zufrieden sei, — daß wir also dieses große Interesse uns nur so völlig sichern können, wenn wir das befreite Polen einer der Großmächte angliedern, ihm die notwendigen Machtbefehle gesetzlich und verfassungsmäßig gewährleisten und keine Wünsche und Ambitionen wahren, die wir nicht zu befriedigen vermögen. Eine innere Zufriedenheit der polnischen Nation aber können wir nur herbeiführen, wenn wir sie nicht aufteilen, sondern im Gegenteil die beiden Teile des alten polnischen Königreichs vereinigen und dieser vereinigten polnischen Nation ein Selbstbestimmungsrecht und eine Selbstregierung verleihen, deren Grenze nur die Großmachtpolitik und die Sicherheit Polens selber wären und die so weit gingen, daß der Pole in der Weltgeschichte wieder als Pole auftreten könnte. Die Einzelheiten dieser Lösung hängen naturgemäß davon ab, ob Polen an Oesterreich-Ungarn oder an Deutschland angegliedert wird; hierüber wünsche ich mich jedoch diesmal nicht zu äußern.

Die Ausführungen des Grafen Andrássy fordern in mehr als einer Hinsicht zu Widerspruch und zur Kritik heraus. Da indessen eine allseitige Erörterung des polnischen Problems zurzeit noch nicht möglich ist, beschränken wir uns auf die Wiedergabe des Standpunktes des Oesterreichischen Politikers, der neben dem Vorzug der übersichtlichen Darstellung der zurzeit in maßgebenden politischen Kreisen diskutierten Lösungsmöglichkeiten der polnischen Frage auch insoweit das Interesse beansprucht, als er die Lösung des polnischen Problems durch die Mittelmächte letzten Endes in Abhängigkeit setzt von dem künftigen Verhältnis Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zueinander. Ehe diese Frage geregelt ist, dürfte eine Einigung der beiden Regierungen über alle Einzelheiten der Friedensbedingungen, deren Beschleunigung Graf Andrássy in seinem Artikel fordert, kaum möglich sein.

Politische Uebersicht.

Zur Sicherung der Redefreiheit im Reichstage.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht nach der Chemnitzer „Volksstimme“ die Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Sicherung der Redefreiheit im Reichstage. Die Anträge lauten:

1. Der Reichstag wolle beschließen: „Im Hinblick darauf, daß am 8. April ein großer Teil der Abgeordneten durch fortgesetztes Schreien den Abgeordneten Dr. Viebeck am Sprechen zu verhindern suchte, und die Absicht, ihn unter keinen Umständen reden zu lassen, offen ausbrach, während der Abgeordnete Dr. Viebeck, ohne vom Präsidium unterbrochen zu sein, seine Rede hielt; im Hinblick ferner darauf, daß das Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei Hubrich ihm gewaltfam die Notizblätter entriß und zu Boden schleuderte, daß ferner der Abgeordnete Dr. Müller-Weinungen sich auf ihn stürzte und ihn gewaltfam anfaßte — den Herrn Präsidenten zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, daß die Redefreiheit in Zukunft nicht beeinträchtigt wird, und daß namentlich Redner dagegen geschützt werden, daß Abgeordnete so gewaltfam an der Ausübung ihrer parlamentarischen Rechte hindern.“

2. Der Reichstag wolle beschließen: „Vorkehrungen zu treffen, daß das Recht, wahrheitsgetreue Berichte über die Reichstagsverhandlungen zu veröffentlichen, insbesondere gegenüber der Zensurbehörde sichergestellt wird und daß durch das Präsidium des Reichstags nicht die Presse beeinflusst wird, bloß einen amtlich von ihm festgestellten Bericht zu bringen.“

Die „Voss. Ztg.“ bemerkt hierzu: Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft muß sich darüber klar sein, daß sie auf eine Annahme dieser Anträge nicht rechnen kann und selbst in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht einmütige Zustimmung finden wird. Wir wissen nicht, worauf die „Voss. Ztg.“ sich in ihrer letzten Behauptung stützt, die zwar recht kategorisch klingt, aber doch wohl kaum als eine autorisierte Mitteilung gelten kann. Wir jedenfalls halten es vorderhand für ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Anträgen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Sicherung der parlamentarischen Redefreiheit ihre einmütige Zustimmung verweigern könnte.

Eine nationalliberale Kundgebung.

Das Zentralkomitee der Nationalliberalen Partei der Provinz Westfalen hat nach einem Bericht der „Westfälischen Politischen Nachrichten“ eine ungewöhnlich stark besuchte Tagung in Dortmund unter dem Vorsitz des Geheimrats Hoermann abgehalten. Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Syndikus Hirsch (Essen) sprach in einem eingehenden Vortrage über die gegenwärtige politische Lage, über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, über die Anträge der großen Parteien im Reichstag zur U-Bootfrage und über die jüngste Rede des Reichskanzlers im Reichstage. Nach einer ausgedehnten Besprechung dieses Vortrags wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die heutige vollständige Versammlung des Zentralkomitees der Nationalliberalen Partei Westfalens spricht der nationalliberalen Reichstagsfraktion Dank und Anerkennung für ihr Vorgehen in der U-Bootfrage aus mit der dringenden Bitte, auch weiter darauf hinzuwirken, daß gegenüber den Feinden, die uns vernichten wollen, von allen uns zu Gebote stehenden Mitteln uneingeschränkter Gebrauch gemacht werde.

Welche Haltung die nationalliberale Reichstagsfraktion in der U-Bootfrage einnimmt, dürfte unseren Lesern aus den bewegtesten Vorgängen, die der Erörterung dieser Frage im Reichstage vorausgingen, zur Genüge bekannt sein. Es ist von Interesse, daß diese Frage von nationalliberaler Seite erneut in Fluß gebracht wird.

Gegen die Befreiungs-Legende.

In seiner geliebten Wochenübersicht in der „Kreuz-Zeitung“ entwirft Prof. Otto Hoeghs unter anderem ein Bild der Entwicklung der polnischen Frage und kommt, in Anknüpfung an die Rede des Reichskanzlers, zu folgenden Betrachtungen über die Stellung Deutschlands zu den osteuropäischen Problemen:

Wir führen diesen Krieg nicht, um im Osten oder Westen Völker zu befreien, sondern zur Sicherung unserer europäischen Machtstellung, deren Voraussetzungen sich allerdings, wie der Reichskanzler mit Nachdruck und allgemeinem Beifall sagte, durch den Krieg erheblich ändern. Daß darin auch die Sicherung des preussischen Ostens liegen muß, daß mithin ein notwendiger Zusammenhang besteht zwischen der preussischen Polenpolitik und jeglicher Lösung der außerpreussisch-polnischen Frage, übersehen heute fast ohne Ausnahme alle, die sich mit Vorschlägen dazu äußern. Wir führen den Krieg weiter zur Sicherung unseres Bundesgenossen und für die großen gemeinsamen Orientinteressen, und es ist unmöglich, daß eine Erwägung der polnischen Frage an der Rücksicht auf diese Orientverhältnisse, auf das Verhältnis zu Oesterreich, auf Mitteleuropa vorbeigehen kann.

Schon heute sieht man, daß welche Lösung die polnische Frage auch finde, sie bessere Lebensbedingungen für die Polen schafft; diese sittliche Pflicht hat der Reichskanzler in den Vordergrund gestellt. Wir können sie als die erste des Deutschen Reiches nicht anerkennen, um so mehr, als die Aufgabe der Befreiung, allein als Orientierungspunkt genommen, unsehbar in Schwierigkeiten herein, von den maßgebenden Gesichtspunkten der Interessen des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns hinwegführt. Wir klammern uns auch deshalb nicht an diese Formel des Kanzlers allein, sondern nehmen den darauf folgenden Satz seiner Rede als den für uns zuerst geltenden, der den Sicherungspunkt klar und scharf heraushebt und in ihm, wie auf der Hand liegt, große nationale und wirtschaftliche Möglichkeiten des deutschen Interesses einschließt.

Eine interessante Auseinandersetzung.

Die „Kölnische Volkszeitung“, das führende Zentrumsorgan, wendet sich in sehr scharfer Weise gegen die „Tijds“, das Organ der holländischen Katholiken, weil dieses Blatt an der Haltung des Zentrums in der Amnegionsfrage Kritik geübt hatte. Anknüpfend an die Rede des Abg. Spaan, der seine Zustimmung zur Reichslangletrede und den in ihr ausgesprochenen Kriegszielen ausdrückte und das Wort über Belgien, wie er sagte, in dem Sinne auslegen zu dürfen glaubte, daß Belgien „politisch, militärisch und wirtschaftlich in unsere Hand“ kommen müsse, schrieb das holländische Blatt, daß die Stellung des Zentrums in dieser Frage „bestimmend“ gewesen sei.

„Wagten sie (die Katholiken) — fuhr das Blatt fort — nicht voranzutreten, wo es gilt, Recht und Willigkeit zu handhaben und dem gegebenen Worte treu zu sein? Wagten sie nicht die Partei des Papstes ergreifen, der die Herstellung von Belgien wünscht? Sie haben durch den Mund ihres Führers Spaan ebenso laut nach Einverleibung gerufen wie die Konservativen. Sie haben die eble Rolle dem Sozialisten Haase übergeben, der für das Recht eintreten durfte, und wenn er auch nur 27 Anhänger hinter sich hatte. Haase und die Seinen erklärten sich gegen alle Amnegionen usw.“

Dem gegenüber erklärt die „Kölnische Volkszeitung“ es als ganz unzulässig, die Person des Papstes wieder in die Debatte zu ziehen, und betont, daß sie sich „die Grenzen zwischen Politik und Religion auch in der belgischen Frage nicht verwischen“ lassen werde. Sie fährt dann fort:

„Was das Verhältnis der Katholiken zu „Recht und Willigkeit“ angeht, so fragen wir: Wo hat die „Tijds“ den Beweis, daß die Katholiken gewillt sind, durch ihr praktisches Verhalten hier einen Gegensatz anzurichten? Hat sie nach niemals etwas davon gehört und gelesen, daß die deutschen Katholiken ebenso wie ihre andersgläubigen Volksgenossen aus sehr stichhaltigen moralischen Erwägungen heraus den Einmarsch in Belgien — hieran wird die „Tijds“ wohl in erster Linie denken — nicht als ein Unrecht und als einen Wortbruch ansehen und nach den Aktenstücken in den belgischen Archiven erst recht nicht als ein Unrecht ansehen können? Es kann darum, insbesondere nach der Haltung Belgiens uns gegenüber, auch nicht die Rede davon sein, daß wir in diesem Lande ein begangenes Unrecht wieder gut zu machen hätten.“

Wir registrieren diese Äußerung als eine offenbar autoritative Kundgebung des Zentrums in der belgischen Frage.

Die Finanzen Elsaß-Lothringens.

Strassburg, 26. April. (M. Z. W.) In der heutigen Kammer Sitzung gab der Staatssekretär beim Etat einen kurzen Ueberblick über die rechnerischen Ergebnisse des Rechnungsjahres 1914 und wies auf die vorläufigen Resultate des nunmehr abgeschlossenen Rechnungsjahres 1915 hin. Der reit rechnerisch betrachtet, verhältnismäßig nicht hohe Höchstbetrag des Jahres 1914 ist mit 3 800 000 M. in den diesjährigen Etat aufgenommen. In diesem hat eine tiefere Anpassung an die Kriegsverhältnisse stattgefunden. Die Einnahmeanlagen sind wesentlich gestiegen. Andererseits konnten aus verschiedenen Ausgabenposten vor allem übertragbare Unterhaltungskosten ausfallen, da Reparaturen der beiden letzten vergangenen Jahre es erlaubten, von einer weiteren

Durchführung dieser Fonds abzusehen. Die Erhöhung der fortlaufenden Ausgaben auf 80 Millionen gegenüber 75 Millionen im Vorjahre führt in erster Linie von dem erhöhten Zinsendienst für die schwelende Schuld her, welche in der vorläufigen Zahlung der über die Staatskassen übernommenen Familienunterstützungen begründet ist, wegen deren, abgesehen von der Defizitalleihe von rund 15 Millionen die Ermächtigung zur Erhöhung der schwelenden Schuld von 60 auf 181 Millionen erbeten wird. Von dem im vorigen Jahre zur Verfügung gestellten Kriegshilfsfonds von 15 Millionen sind bisher nur 5 Millionen ausgegeben. Seine Erhöhung auf 25 Millionen erscheint mit Rücksicht auf mögliche Bedürfnisse geboten. Der Staatssekretär begründete sodann die Notwendigkeit, den Ertrag der direkten Steuern um rund 25 Proz. zu steigern, die Regierung schlägt dem Landtag dazu ein etwas kompliziertes, aber die Leistungsfähigkeit berücksichtigendes System in Anlehnung an die bisherigen Tarife vor.

Der Staatssekretär kündigte weiter eine Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen an, in der alle Kriegswirtschaftsmaßnahmen der Regierung näher dargelegt würden und wies darauf hin, daß auch in diesem Jahre aus allen Teilen des Deutschen Reiches Gaben für die geschädigten Teile Elsaß-Lothringens zusammengefloßen seien, die nunmehr über zwei Millionen Mark betragen; auch der reichen Gaben für die sonstige Kriegswirtschaftspflege wurde dankbar gedacht. Zum Schluß wies der Staatssekretär auf die zerstückelten Orte und die Gräber im Lande, aber auch auf den guten Stand der Winterfrüchte und der Viehen hin und betonte das feste Vertrauen um den weiteren Erfolg durch das Heer, die Öffnung auf die materielle Hilfe des Reiches für die Kriegsgeschädigten und die Gewißheit, daß nach dem Kriege neues, kräftiges Leben in Landwirtschaft, Handel und Industrie Elsaß-Lothringens erblühen und so die wichtigste Grundlage jeder staatlichen Finanzwirtschaft erhalten bleiben werde.

Strasbourg i. El., 26. April. (B. L. V.) Die Zweite Kammer trat um 3 Uhr im Landtagsgebäude zur Bildung des Bureau's zusammen. Die Wahl des Präsidenten fiel wiederum auf den Abg. Dr. Midlin (Z.), zum Ersten Vizepräsidenten wurde Abg. Jung (Lothringern) und zum Zweiten Vizepräsidenten der Abg. Böhle (Z.) gewählt. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung hielt Dr. Midlin eine Ansprache, in der er ausführte, daß leider das verfloßene Jahr der Welt den ersehnten Frieden nicht gebracht habe. Immer neue Opfer an Gut und Blut fordere der schreckliche Krieg. Im Felde kämpfe unser heldenhaftes Heer mit ungebrochener Kraft und mit immer neu belebendem Mut gegen einen zahlenmäßig weit überlegenen Feind für den sicheren endgültigen Sieg. In der Heimat unterziehe sich das deutsche Volk in dem festen Willen, durchzuhalten, in heldenhafter Ergebenheit allen wirtschaftlichen Beschränkungen und Verwirrungen durch äußerste Anspannung ungeheurer Energie, welche die Bewunderung der Welt in nicht geringerem Maße erregen als die glänzenden Waffentaten unserer Armee. Die Elsaß-lothringische Bevölkerung sei sich der Pflichten, die sie gegenüber dem in Kriegsnöten gerateten Vaterlande habe, voll bewußt und erfülle dieselben mit der hingebendsten Gewissenhaftigkeit. Daß gerade im Elsaß-lothringischen Volke die Friedenssehnsucht besonders mächtig sei, sei begreiflich. Im Verlaufe seiner Rede gedachte Dr. Midlin mit warmen Worten seiner 40 000 Landsleute, die infolge der kriegerischen Ereignisse ihre Wohnstätten verlassen mußten, nur das Notdürftigste aus denselben rettend. Wir geloben, daß alles getan wird, um ihnen ihr herbes Los erspriechlich zu gestalten. Zum Schluß gab der Präsident der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich es als Ehrenpflicht erachte, die materiellen Schäden zu heilen. Mit den moralischen Leiden müsse sich das Volk selbst abfinden. Es folgte die erste Lesung des Etats.

### Schamlose Wuchererei.

Die rechtsstehende „Tägliche Rundschau“, die schon so monoton kräftige Wort gegen die Wuchererei auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung und gegen das fast völlige Versagen der zuständigen Reichsinstanzen nach dieser Richtung hin gefunden hat, sagt in einem Kommentar der jüngsten Warnung, die das Oberkommando in den Marken an die Lebensmittelwucherer gerichtet hat, unter anderem:

„Seit langem schon fragte man sich und suchte vergebens eine Antwort auf die Frage, warum nicht der Bundesrat dafür sorgte, daß der schamlosen Lebensmittelwuchererei, die gierig am Markt unseres nationalen Lebens sog und saugt, mit rücksichtsloser Strenge entgegengetreten wurde. Warum er nicht endlich im Interesse unserer Kriegsführung und seines eigenen erschütterten Ansehens dafür sorgte, daß die pflichtigen und strengen Organisatoren des Lebensmittelwuchers aufhörten, mit den viel zu vielen und viel zu schwächlichen Verordnungen der Regierung den reinen Spott zu treiben und sie zum Gelächter zu machen. Die Sache war ja und ist ja längst in ein ganz festes Schema gebracht. So wie der Bundesrat, immer noch abergläubisch ergeben dem Dogma vom Segen der Höchstpreise an sich, für irgendeine Ware Höchstpreise festsetzte, verdunstete diese Ware plötzlich auf die wunderbarste und vollkommenste Weise. Ein wahres Mirakel; wenigstens gibt es im Bereiche des Nahrungsmittelwesens kein Gesetz, das diese Erscheinung erklären könnte. Das Ganze war und ist eigentlich ein plumpes Manöver der Interessenten am Nahrungsmittelwucher, um die Aufhebung der ihnen unbedeuten Höchstpreise zu erreichen. Ersichtlich ist außer allenfalls der Schamlosigkeit dieser Wucherorganisationsorgane nichts als die Tatsache, daß die Regierung sich diese plumpen Hinten mit sehenden Augen gefallen läßt und in so und so vielen Fällen sich tatsächlich damit überläßt.“

Am einstimmlichsten wohl zeigte sich das bei der jüngsten Höchstpreisfestsetzung auf dem Groß-Berliner Fleischmarkt. Obgleich für die Zufuhr durch die neue Organisation der Regierung angeblich gesorgt war, gab es im Augenblick des Inkrafttretens der Höchstpreise für Rind-, Kalb- und Hammelfleisch in ganz Groß-Berlin so wenig etwas von diesen schönen Dingen mehr, wie es da vom Augenblick der Wirksamkeit der Schweinefleischhöchstpreise auch nur ein einziges Pfund Schweinefleisch in einem Berliner Schlächterladen gab. Die Phantasiepreise, die bei diesem aberwitzigen Zustande seit der vorigen Woche in Berlin für Fleisch gefordert und bezahlt wurden (Schuh kostete 15 M., Kalbfleisch das Pfund bis 6 M., Kasseler Rippenpfeifer bis 4,40 M., Schmalz 7,50 M., eine 12-Pfund-Wurst über 50 M., Kinderkabsfleisch 4 M., westfälische Schmalwürst 6 M.). Können sich getrost mit denen messen, die wir bei Schilderung der Verhältnisse in den belagerten Paris wie Märchen Dinge vernahmen. Selbst im launigen Samstags-Blatt wurde angeführt dieser Zustand gefragt, ob denn die Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 noch in Kraft stehe, wonach mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird, wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungsmittel, Preise fordert, die einen „übermäßigen Gewinn“ enthalten. Nun, sie steht noch in Kraft, und die Frage ist also: Warum spürt man nichts von ihrer Anwendung? Antwort: weil sie zu matt ist. Nichtsahnend allein sind hier angezeigt, aber nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Selbst in demselben launigen Samstags-Blatt, das Regierung nahestehenden Blatte konnte man lesen — was wir seit Jahr und Tag immer wieder einmal feststellen mußten —, daß unsere berufsmäßigen Lebensmittelvertreter besser organisiert sind als die Regierungstellen, die zur Unterdrückung der Warenzurückhaltung und des Preiswuchers berufen sind. Wenn dergleichen schon in der freiwillig-offiziellen Presse zu lesen ist, dann muß es wohl wahr sein. Der beschränkte Unterlebensstand wird nicht begreifen, warum die Regierung die Mäcker der frommen offiziellen Denkungsart sich in so gärendem Drachengift hat verwandelt lassen.

Zum Schluß fordert das Blatt das Publikum auf, sich nicht Bewußt zu lassen, sondern rücksichtslos Anzeige zu erstatten, um die Wucherer nun scharf in Strafe nehmen zu können. Ein Erlaß jagt den anderen. Neuerdings wandten sich z. B. wieder drei preussische Minister an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, damit diese „mit allem Nachdruck“ auf die ihrer

Aufsicht unterstellten Organe einwirken, um eine bessere Fleischversorgung herbeizuführen. Nichts aber ändert sich, die Nahrungsmittelwucherer behalten die Oberhand! In der Chronik dieses Krieges wird das Kapitel Nahrungsmittelversorgung eine einzige Anklage bilden.

### Ueber den Verkehr mit Süßstoff

Ist in Ausführung des Bundesratsbeschlusses vom 30. März neuerdings durch den Stellvertreter des Reichszuglers folgendes bestimmt worden: Süßstoff darf zu anderen als den im Süßstoffgesetz vom 7. Juli 1902 genannten Zwecken nur gegen Bezugschein an die Verbraucher abgegeben werden. Die Preise bestimmt der Reichszugler. Die Bezugscheine stellt die Reichszuglerstelle aus; sie sind nicht übertragbar. Die Reichszuglerstelle kann den Bezug von Süßstoff bis auf weiteres Geterbetreibenden zum Zwecke der Herstellung von Limonaden (natürlichen und künstlichen) sowie limonadenartigen Getränken aller Art mit und ohne Kohlensäure gestatten. Die Reichszuglerstelle erläßt die näheren Bestimmungen.

### Die Durchfuhr von Käse

über die Grenzen des Deutschen Reichs ist verboten worden.

### „Ausländischer Käse“ aus Bayern.

Aus Frankfurt a. O. wird berichtet: Die überall, so gibt es auch hier nach Einführung von Höchstpreisen noch „ausländischen“ Käse. Um nun den wenig glaubhaften Behauptungen der Händler auf den Grund zu gehen, nach denen die Produktion in Deutschland eingestellt sei, wurde von Konsumenten-seite eine Anfrage an die Lieferanten in Rempten (Allgäu) gerichtet. Die Antwort ist ein vernichtendes Urteil für die eigentlichen Interessenten: Drei hiesige große Firmen haben regelmäßig vom Allgäu ihre Lieferung erhalten! — Es ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, daß die Behörden auch den Versand der Fabriken von Käse und sonstigen, vom Marke verschwundenen Erzeugnissen scharf überwachen.

## Der „Vorwärts“ im Organisationsstatut.

### Die Kontrolle der Berliner Genossen über den „Vorwärts“.

Nach dem Hohenfurter Parteitag wurde in Berliner Parteikreisen bemängelt, daß die Berliner Parteigenossen keinen Einfluß auf den lokalen Teil des „Vorwärts“ hätten. Sie brachten einen Antrag ein, der ihnen diesen Einfluß einzuräumen sollte. Auer erklärte auf dem Parteitag in Erfurt, der Parteivorstand erkenne durchaus an, daß den Berliner Genossen ebenso gut wie denen aller anderen Orte bis zu einem gewissen Grade ein bestimmender Einfluß auf ihr Parteiorgan zugestanden werden müsse. Sie müßten das Recht erhalten, für den „Vorwärts“ eine Preiskommission einzusetzen. Es sei aber nicht angängig, daß diese getrennt vom Parteivorstand arbeite. „Zwei Instanzen nebeneinander mit gleichen Rechten, deren Beschlüsse sich eventuell aufheben könnten, dürfen wir nicht funktionieren lassen. Die Kommission muß vielmehr mit dem Parteivorstand die betreffenden Beschlüsse zu erledigen suchen.“ Der Erfurter Parteitag nahm dann folgenden Antrag an:

„Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden, daß die Berliner Genossen eine Kommission von neun Mitgliedern wählen, welche in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand die Kontrolle des lokalen Teils des „Vorwärts“ zu übernehmen haben.“ In den folgenden Jahren wurde den Parteitagen berichtet, daß die Sitzungen, die die Preiskommission gemeinsam mit dem Parteivorstand und der Redaktion abgehalten haben, allgemein befriedigt hätten. In den Sitzungen beschränkte man sich natürlich nicht allein auf die Besprechung des lokalen Teils, sondern es kam häufig zu einer allgemeinen Aussprache auch über die prinzipielle und tatsächliche Haltung des „Vorwärts“ im allgemeinen.

Auf dem Parteitag in Hamburg 1897 wurde den Berliner Genossen ihr tatsächlich bereits ausgeübtes Recht, über alle Teile des „Vorwärts“ mitzubestimmen, durch einstimmige Annahme folgenden Antrags, der als § 17a in das Organisationsstatut hincinfam, auch förmlich anerkannt:

„Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preiskommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf. Einwände der Preiskommission sind dem Parteivorstande zur Erledigung zu unterbreiten, von Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition ist der Preiskommission vor der Entscheidung Mitteilung zu machen und ihre Ansicht einzuholen.“

Die Preiskommission hatte hiernach noch nicht die volle Gleichberechtigung mit dem Parteivorstand. Die Erweiterung des Rechts der Berliner wurde durch den Hinweis begründet, daß sich von den Abonnenten 50 000 in Berlin und nur 3000 außerhalb befinden. Es wurde anerkannt, die Berliner haben ebenso ein Recht darauf, Einfluß auf ihr Blatt zu gewinnen wie jeder Ort in der Provinz. Der Antrag wurde nahezu einstimmig angenommen. Er entspricht dem heutigen § 25 und lautet:

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preiskommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preiskommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preiskommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

In den späteren Berichten an den Parteitag, z. B. an den Parteitag in Mainz, wird vom Parteivorstand hervorgehoben, daß die Kontrolle über die Haltung und Verwaltung des Zentralorgans vom Parteivorstand und den Berliner Genossen in zahlreichen gemeinschaftlichen Sitzungen erledigt ist.

### Berliner Druckerei.

In Berlin waren im Anfang der 90er Jahre starke Bestrebungen dahingehend, den „Vorwärts“ und die übrigen in Berlin herzustellenden Drucksachen in einer eigenen Druckerei herstellen zu lassen. Im Parteivorstand wurden Bedenken geäußert, die Druckerei auf Kosten der Gesamtpartei zu übernehmen. Die Berliner erwiderten, daß sie das auch nicht beabsichtigten, sondern auf eigene (Berliner) Rechnung die Druckerei übernehmen wollten. Dem hatte der Parteivorstand nichts entgegenzusetzen; im Jahre 1902 konnte er dem Parteitag mitteilen, daß die neue Druckerei am 1. Oktober eröffnet werde und daß zu ihrer Einrichtung von den Berliner Genossen und speziell durch die Gewerkschaften mehrere Hunderttausend Mark als Darlehen beschafft worden seien. Am 1. Oktober trat dann die von Berliner Genossen errichtete Druckerei in Betrieb. Später wurden die Darlehen sämtlich zurückgezahlt.

Auf dem Parteitag zu Bremen (1904) gab Genosse Richard Fischer zwar auf die Anfrage, wie es mit einer Angelegenheit in der Druckerei stehe, Auskunft, erklärte aber ausdrücklich unter Zustimmung des Parteitages: „Ich möchte vorausschicken, daß es nicht angängig ist, jeden einzelnen Fall, der sich in der Vorwärts-Druckerei abspielt, hier vor den Parteitag zur Entscheidung zu

bringen; schon deswegen nicht, weil die Berliner Druckerei Eigentum der Berliner Genossen, nicht das der Gesamtpartei ist.“

Zur Wahrnehmung der Rechte der Berliner sind natürlich Treuhänder eingesetzt, die formal-juristisch als Eigentümer anzusprechen sind.

### Die Kontrolle über die prinzipielle Haltung des Parteiorgans.

Wie der § 25 des Statuts und die obigen Darlegungen ergeben, sind über die Kontrolle für den „Vorwärts“ besondere Vorschriften geschaffen. Es findet sich noch in § 19 eine Bestimmung, die ihrem Wortlaut nach naturgemäß auf den „Vorwärts“ überhaupt keine Anwendung finden kann, da ja der § 25 über die Kontrolle des Zentralorgans eingehende Vorschriften trifft. Der § 19 bestimmt: „Der Parteivorstand kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.“ Diese Vorschrift befand sich bereits in dem von der Reichstagsfraktion dem Parteitag in Halle im Jahre 1890 vorgelegten Organisationsstatut. Den Beratungen in der Fraktion hatte Genosse v. Vollmar wegen Krankheit nicht beimohnen können. Er und andere Genossen hatten diese Bestimmung scharf angegriffen, weil sie fürchteten, sie könne zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit, zu einer Art Zensur, führen und die lokalen Blätter gefährden. Demgegenüber führte Genosse Auer auf dem Parteitag zu Halle aus, es sei ja schon eine physische Unmöglichkeit, weil die Partei hundert Parteiblätter hat, diese gesamte Presse zu kontrollieren und eventuell zu zensieren, ein Vorstand, der sich so etwas heraussuchen würde einfach „hinausfliegen“. Der Zweck des Vorschlages sei völlig verkannt. Der Zweck gebe dahin, festzustellen, ob dieses oder jenes Organ wirklich befähigt und berechtigt ist, im Namen der sozialdemokratischen Partei zu schreiben und zu sprechen. Wollen Sie den Vorstand nicht mit dieser Aufgabe betrauen, so müssen Sie eben ein anderes Organ schaffen.“ Vollmar erwiderte, zweifellos müsse, wenn ein Blatt nicht auf dem prinzipiellen Boden der Partei steht, irgendeine Stelle zu der Erklärung befugt sein, daß das Blatt nicht zu uns gehöre. Aber im Gegensatz zu Auer meine er, reichen die Parteigenossen des Ortes vollkommen aus. Blätter, die auf unserem Programm stehen, aber hinten herum eine abweichende Ansicht vertreten, Feindseligkeiten hereintragen, dürfen nicht desabonniert werden, sonst haben wir keine freie Presse mehr. Auch andere Genossen sprachen sich dafür aus, daß die Kontrolle der Presse den Parteigenossen am Orte zustehen müsse. Genosse Auer erklärte, keineswegs solle der Parteivorstand den Zensur über die Presse spielen, die Vorschrift verfolge nur den Zweck, daß irgendein Organ — der Vorstand oder eine spezielle Kommission — da sein müsse, das in solchen Fällen, wie denen der „Koten Fahne“ oder des „Vollstrebens“ erkläre: „Die Partei hat mit dem Blatt nichts zu tun.“ In der Rumpfkommission-Kommission wurde die Kontrollvorschrift im Organisationsentwurf nochmals eingehend diskutiert. Insbesondere wurde an der Hand der Parteigeschichte dargelegt, daß lediglich lokale Organe bei den Zeitungen, die für das ganze Reich geschaffen sind, um gegen die Partei als scheinbares Parteiorgan aufzutreten, nicht ausreichen, um zu erklären: die Partei hat mit dem Blatt nichts zu tun. Ein weiteres als eine solche Erklärung zu ermöglichen, bezwecke die Vorschrift nicht. Die Opposition gegen den Kontrollvorschlag wurde hierauf ausgebeugt.

Nach alledem kann nicht zweifelhaft sein, daß der jetzige § 19 dem Parteivorstand oder einer sonstigen Parteileitung keineswegs das Recht zuspricht, irgendwo in die redaktionelle oder technische Herstellung eines Blattes einzugreifen, sondern lediglich bezweckt, von Blättern, die nicht von Parteiorganisationen getragen werden und nicht auf dem Boden des Parteiprogramms stehen, festzustellen, daß sie mit der Partei nichts zu tun haben.

## Soziales.

### Zimmererarbeiten in Polen.

Die Bauarbeiten, welche von Berliner Firmen in Polen ausgeführt werden, ziehen öfter bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses Streitigkeiten darüber nach sich, ob und in welcher Höhe den Arbeitern die Reisekosten von der Firma zu vergüten sind. Die Arbeitsverträge enthalten zwar Bestimmungen hierüber. Aber wie dieselben im Einzelfalle anzulegen und anzuwenden sind, ist oft Gegenstand des Streites.

In dem Arbeitsvertrage, den die Firma Holzmann u. Co. mit einem Zimmerer abgeschlossen hatte, wurde unter anderem bestimmt, daß die Firma die Kosten der Hinreise auslegt, dieselben aber zurückfordern kann, wenn der Zimmerer vor Ablauf von sechs Wochen die Arbeitsstelle verläßt, oder durch seine Schuld entlassen wird. Der Zimmerer hatte drei Wochen bei einem Grubenbau in Polen gearbeitet. Dazu bemerkte er, daß er auf dem Grube über dem Wasser schwandeln mußte und einen Sturz befürchtete. Er bat deshalb um Zuweisung anderer Arbeit. Man beauftragte den Zimmerer nunmehr, Sägen zu sägen. Diese Arbeit ging ihm aber nicht recht von der Hand. Nach Angabe des Zimmerers lag das daran, daß ihm mangelhaftes Werkzeug geliefert wurde. Die Firma behauptet dagegen, der Zimmerer sei zu dieser Arbeit nicht tauglich gewesen, und entließ ihn. Der fällige Lohn im Betrage von 67,35 M. wurde nicht ausgezahlt, sondern sollte gegen die Kosten der Reise nach Polen verrechnet werden. Durch Klage beim Gewerbegericht in Berlin beanspruchte der Zimmerer die Zahlung des rückständigen Lohnes. Die Firma aber erhob Widerklage auf Rückzahlung der Reisekosten von Berlin nach Polen, die sie mit 100 M. berechnete. Die Firma berief sich darauf, daß der Kläger durch seine Schuld entlassen worden sei. Denn er habe die ihm übertragenen Arbeiten nicht leisten, also keine Vertragspflicht nicht erfüllen können. — Die Kosten der Rückreise hat der Kläger aus seiner Tasche bestritten. In dieser Hinsicht stellte er keinen Anspruch an die Firma.

Das Gericht (Kammer 3) verurteilte die Beklagte Firma (deren Vertreter einen Vergleichsvorschlag auf Zahlung von 50 M. grundsätzlich abgelehnt hatte) zur Zahlung der geforderten 67,35 M. In der Urteilsbegründung wurde gesagt: Da die Firma den Kläger entließ, so hätte sie nach den Bestimmungen des Arbeitsvertrages auch die Kosten der Rückreise tragen müssen, die aber vom Kläger nicht gefordert werden. Die Rückzahlung der Kosten der Hinreise zu beanspruchen sei die Firma nicht berechtigt. Der Kläger habe den Arbeitsvertrag erfüllt, denn er habe ja drei Wochen die Arbeiten, zu denen er angenommen war, geleistet. Wenn er nach dieser Zeit schwandeln wurde, so sei das nicht sein Verschulden. Auch in der unbesriedigenden Ausführung des Sägenarbeitens sei kein Verschulden des Klägers und keine Verletzung des Arbeitsvertrages zu finden, denn zu dieser Arbeit sei er ja nicht angenommen.

In einem anderen Falle, wo ein Zimmerer gegen die Firma Dickhoff u. Wittmann klagte, hatte der Kläger unstreitig Anspruch auf Zahlung der Rückreisekosten durch die Firma. Er hat das Fahrgehalt erhalten, beanprucht aber außerdem für jeden der drei Reisetage 7,50 M. Lohn und 6 M. Verpflegungsgeld. Der Kläger berief sich darauf, daß diese Sätze für die Tage der Hinreise gezahlt wurden, sie müßten also auch für die Rückreise gezahlt werden. — Der Vorsitzende, Magistrate Dr. Schalkhorn erklärte, es sei nach der herrschenden Praxis zweifellos, daß der Kläger den entgangenen Arbeitsverdienst für die Reisetage zu fordern habe. Ob ihm außerdem noch Verpflegungsgelder betprochen werden seien, müsse der Kläger nachweisen. — Diesen Nachweis konnte der Kläger im Augenblick nicht führen. Er ließ deshalb, um einen Termin zu vermeiden, die Forderung des Verpflegungsgeldes fallen, beanprucht aber Erstattung der Verpflegungskosten für den gegenwärtigen Termin. — Das Gericht sprach dem Kläger 22,50 Mark Lohnentschädigung für drei Reisetage sowie 3,50 M. Terminalschädigung zu.



Könnte wieder Klage gegen Sie einreichen. — H. 30. 1. Ja, das könnten Sie. Sie müßten sich an das Bezirkskommando wenden. 2. Ja. Die Kriegsunterstützung steht Ihnen zu. Ob Ihnen die Firma auch eine Unterstützung zahlt, wissen wir nicht. — C. 21. 333. Die Armenverwaltung ist dazu berechtigt. Sie können sich unter Vorlegung Ihrer Verhältnisse mit einem Gesuch an die Armenverwaltung des Magistrats zu Berlin, König-

straße, wenden. — H. 20. Sie müssen zum Verkauf der Bälle die Genehmigung des Käufers haben. — G. 1. 1. Sie könnten um Stundung der Hundsteuer nachsuchen. Zur Zahlung wären Sie verpflichtet. Sie müßten sonst den Hund abschaffen. 2. Eine Beschwerde wegen der demögigerten Kriegsunterstützung wäre an das Landratsamt für den Kreis Niederbarnim, Berlin, Friedrich-Karl-Str. 5, zu richten. —

Staatenlos. 1. Wahrscheinlich sind Sie staatenlos, da Ihr Vater durch seinen langen Aufenthalt in Rußland die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat und bei seiner Rückkehr nach Deutschland sich nicht von neuem hat naturalisieren lassen. Vielleicht kommen Sie mit Ihren sämtlichen Papieren zu uns in die Expeditionsstelle. 2. Auch als Staatenloser können Sie und der Bruder zum Militärdienst im deutschen Heere verpflichtet werden.

**Billige Preise!!**

Ausgezeichnete Formen! Beste Stoffe! Keine Dubandware!

Praktische Gummimäntel mit Kappa, blau, grün, mode, reseda, feldgrün, prachtvolle Gummiausg., in Kammgarn, Popeline, Seide, 65,- 45,- 25,- 20,- 22,- 20,- 18,- Betassidenquinnin, Gummierersatz, ges. gesch., feldgrünlich in den schönsten Farben, 69,- 25,- 48,- 45,- 40,-

Elegante Covercoatmäntel grünliche, mode Töne, prachtvolle Stoffe, Kräfte für Herren-Maßarbeit, auf Seide, glatt, Glockenform, kurz, halblang, lang, auch ohne Futter, für Backsehlg. 75,-, 55,-, 45,-, 39,-, 32,-, 25,-, 22,-, 18,-, 15,-

Horragummimäntel auch für Offiziere und Mannschaften 60,-, 48,-, 30,-, 28,-, 20,-

Notwendige Kostüme aus Kammgarn, Taffel, Liberty, weicher Seide, Tuch, Glockenschlitz, wunderbare Ausführungen, Jugendformen. Prachtstoffe, wie solche nur zu den teuersten Maßarbeiten verarbeitet werden (Modelle) 120,- 100,- 80,- 65,- 48,- 38,- 33,- 28,- 22,- 18,-

Reisende Backsack-Kostüme mit Glasabstreiferungen 28,- 24,- 20,-

**Winter-Angebote.**

1. Seidenpflaummäntel 120,-, 100,-, 85,-, 68,-, 50,-, 41,-, 35,-  
Wollpflaum- und Astrachanmäntel 85,-, 65,-, 45,-, 42,-, 35,-  
Mollige Ulster, weiche, feine Stoffe, in Ausführungen 55,-, 45,-, 32,-, 18,-

Auswahländerungen nach Ansehen gegen Anzahlung

Modellbüche 25,- 20,- 15,-  
Lodenmäntel 27,- 20,- 15,-  
Lodenkostüme 45,- 35,- 28,-

Stärkste Figuren sind Passendes in allen Abteilungen

II. Geschäft: Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

**Westmann**  
Sonntag geöffnet 12-3 Uhr.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.**

Montag, den 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung**  
in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110.

Tagesordnung:

**Der erste Mai.**

Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

**Spezialarzt**

Dr. med. Weckenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Mata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 10-1 und 3-5

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Finienstr. 83-85

Telephon: Amt Norden 165, 1239, 1967, 9714.  
Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

**Achtung! Rohrleger und Helfer! Achtung!**

Sonntag, den 30. April, vormittags 10 Uhr:

**Allgemeine Branchen-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner über: „Kriegsbeschädigten-Rückfrage“.  
2. Diskussion.  
3. Verbands- und Branchenanliegenheiten.  
4. Verschiedenes.

Die Kollegen, welche in anderen Berufen tätig sind, werden ersucht, an den Branchensprechern teilzunehmen.

Besonders eingeladen sind die Kollegen folgender Firmen: **Witbauer, Saah, Vagon, Baber u. Ernst, Wals, Wechem u. Pohl, Becker, Bergmann, Centralheizungs-Gesellschaft, Wöhme Nachf., G. Kahlert, Bohu u. Pohl, Börner u. Herzberg, Brodmann, Pusch, Duffe, Centralheizungs-Werke-Alt.-Ges., Gröbenauer.**

In dieser ersten Zeit ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen. Mithilft die Säumigen auf!

Sonntag, den 30. April, vormittags 10 Uhr:

**Branchen-Versammlung**  
aller in der Metallindustrie beschäftigten  
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen  
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und Diskussion.  
2. Neuwahl des Branchenvorstandes und der Kommission.  
3. Verschiedenes.

Wir ersuchen, die Kollegen und Kolleginnen auf diese Versammlung besonders hinzuwirken. Jeder Betrieb muß zahlreich vertreten sein.

115/18 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.  
Stralauer Viertel, Bezirk 321.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Gemüts-  
kranke

**Robert Stabenow**  
Kobornstr. 31  
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 29. April, nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentralfriedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

**Verband der Kupferschmiede**  
Deutschlands,  
Filiale Berlin.

Am Sonntag, den 23. April,  
verstarb nach kurzem Leiden unser  
Kollege

**Franz Kaiser**  
im Alter von 56 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des St. Hildegard-  
Kloster-Sirchhofes, Wälderstr. 44/45,  
aus statt. 99/10  
Rege Beteiligung erwartet.  
Der Filialvorstand.

**Nachruf!**  
Görlitzer Viertel, Bezirk 205 I.  
Den Mitgliedern ferner zur Nach-  
richt, dass unser Genosse, der  
Kohlenhändler

**Oswald Baude**  
Hegmüher Str. 21  
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung fand am  
22. April statt.  
Der Vorstand.

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.**  
Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern geben wir  
hiermit Nachricht vom Tode des  
Kollegen

**Karl Reißner**  
von den Englischen Gärten.  
Ehre seinem Andenken!  
Beerdigung am Freitag, den  
28. April, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des St. Hildegard-  
Kloster-Sirchhofes, Bergstraße, aus  
Um rege Beteiligung bei der Be-  
setzung des Hofes ersucht  
33/5 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Silber-  
arbeiter

**Karl Schade**  
Landsberger Allee 38  
am 24. April gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 28. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

**Dankagung.**

Für die vielen Bemühungen herzlichster  
Teilnahme und die zahlreichen Franz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, des Genossen

**Alfred Radtke**  
lege ich allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, dem Wahlverein, dem  
Metallarbeiterverband und der Kom-  
mission der Metallformner und Berufs-  
kollegen sowie Herrn Wamasse für die  
trophischen Worte meinen herzlichsten  
Dank. 6268  
Wwe. Anna Radtke geb. Prause.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, dass unser Kollege, der  
Schlosser

**Willi Fenselau**  
am 11. April an Lungenerleiden  
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
115/17 Die Ortsverwaltung.

**Westmann's**  
**Trauermagazin**

Größte Auswahl.  
Billigste Preise.

I. Mohrenstraße 37a  
(Kolonnaden)  
II. Or. Frankfurter Str. 115  
(nahe Andreasstr.)  
Auswahländerungen sofort.  
Ami Zentrum 7890.  
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, dass meine  
liebe Frau und gute Mutter

**Anna Bähr**  
am 2. Feiertag verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des St. Hedwig-  
Kloster-Sirchhofes (Wante-  
Döle) aus statt.

Dies zeigt tiefbetrübt hiermit an  
Wilhelm Bähr (Wittwer).

**Arbeiter**  
**Gesundheits-Bibliothek**

Jedes Heft 20 Pfg.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter**  
und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.

Geschäftsstelle: C 54, Mulackstr. 10 I. Fernspr.: Amt Norden 4518.

Sonntag, den 30. April, nachmittags 2 Uhr:

**General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassendbericht vom 1. Quartal 1916.  
2. Feueranzugulagen.  
3. Verbandsangelegenheiten.

Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in dieser Versammlung  
zu erscheinen. — Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt.  
Die Ortsverwaltung.

Beantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckmann, Reußstr. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**CARDINAL**

ZIGARETTEN  
sind Qualitätsmarken

**FOVEAUX**

RAUCHTABAKE  
überall erhältlich

**Solange Vorrat reicht**

Liefert die

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

**Beyer, C.**, Im Pharaonenlande (Ägypten). Reise-  
schilderungen aus Ägypten.  
Statt Gebd. R. 6,- für R. 1,50

**Lehmann, P.**, Länder- und Völkerkunde. 2 Bände,  
reich illustriert. Statt R. 18,- für R. 8,-

**Hesse-Wertegg**, Schantung und Deutsch-China. Mit  
145 Bildern, 27 Tafeln, 6 Beilagen und 3 Karten.  
Statt R. 18,- für R. 6,-

**Kirchner, J.**, Die Darstellung des ersten Menschen-  
paars in der bildenden Kunst, von der ältesten Zeit  
bis auf unsere Tage. Mit 106 in den Text gedruckten  
Abbildungen. Statt Gebd. R. 12,50 R. 5,-

**Marshall, Dr. W.**, Charakterbilder aus der heimischen  
Tierwelt. Statt Gebd. R. 6,- für R. 1,50  
Ein reich illustriertes und gut ausgestattetes Buch.  
Marshall ist bekannt als ausgezeichneter Kenner der Tierwelt.

**Kohelt, Dr. W.**, Die Verbreitung der Tierwelt. Mit  
12 Tafeln und vielen Textillustrationen.  
Statt Gebd. R. 20,- für R. 6,-

**Schulze, Prof. Dr. L. R.**, Die physikalischen  
Kräfte im Dienste der Gewerbe, der Kunst und der  
Wissenschaft. Mit 148 Holzschn., 15 großen Abbild.  
und 3 Sinterdruckarten. Statt Gebd. R. 12,- R. 3,50

**Zimmermann, Dr. W. L. A.**, Handbuch der Physik.  
Statt R. 10,- für R. 3,50

— **Franze, Tier u. Mensch.** Statt R. 10,- für R. 3,50  
Die Zimmermannschen, von der ersten Hochzeiten auf  
die Gegenwart weitergeführten populärwissenschaftlichen  
Werke erfreuen sich seit Jahrzehnten einer gleichmäßigen  
Beliebtheit.

**Böhner, Dr. L.**, Das Buch vom langen Leben.  
Statt Gebd. R. 2,40 für R. 1,-

**Hawes, Ch. H.**, Im äußersten Osten. Von Korea  
über Siam und Japan.  
Statt Gebd. R. 8,- für R. 1,-

**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3**

**Es lebe  
der Frieden!**

Von Ph. Scheidemann, M. d. R.  
Preis 75 Pf. Vereinsangabe 40 Pf.  
Aus dem Inhalt: Unsere Friedensarbeit  
im Reich — Internationale Friedens-  
arbeit — Ist der Krieg ein anderer  
geworden? — Unsere Friedensinter-  
pellation — Das Verhalten der feindlichen  
Regierungen: Rußlands, Englands,  
Frankreichs und Belgiens — Wie also  
steht es in Wirklichkeit? — Aussprechen,  
was ist! — Und am Schlusse gibt der Ver-  
fasser klare Richtlinien: Wann dem  
Kriege ein Ende gemacht wird und  
wie wir zu einem dauerhaften  
Frieden gelangen.

**Die Ware wird immer knapper!**

Befolgen Sie sich rechtzeitig mit unseren gestrickten Schuhwaren. Rein  
Kreuzen b. Höhe, l. Schweißhöhe, l. geschw. Weite, l.  
Krausplatz, l. Weizen, l. Löhneraugen,  
l. Gassen, l. Prust, l. emst, hochliege, Jochen,  
l. Gicht, l. Rheumatisches weis, an-  
schützend, weis, elastisch, ausdünstungs-  
fähig, Garantie für Jahre, dauernde  
Hilfe, auch in den beschwerlichsten Fällen,  
l. absolute Brandbarkeit aus gestrickten  
Schuhwerg, — Fußpaar kostete 1100.  
wenigstens länger in sehr warmen, mitter-  
wintern und kühlen Stadien, jeder  
Morgen lässt jeder Ehepart der Paare  
entsprechend, illust. Preisliste frei.

**Strickschuh-Fabrik**

Winzer & Co., Krautstr. 52, W. Potsdamer Str. 100, Rosen-  
Frankfurter Str. 94, Nähe Reichstr. 50, NO, Große  
Lattenburg, Konstr. 125, Nähe Reichstr. Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Str. 22,  
Leipzig, Gannstr. 17/19, Dresden, Reichstr. 42, Gießen, Brunner Str. 22,  
München, Bahnhofsstr. 4 1/2, Köln, Brunnenstr. 10, Chemnitz, Bohrer 63.

Wie man früher Schußwunden behandelte.

Von Universitätsprofessor Dr. Theodor Reher-Steinog (Jena).

Die Behandlung von Verletzungen, die der Mensch im Kampfe mit einem Feinde erlitten hat, gehört zu den ältesten Aufgaben der ärztlichen Tätigkeit. Lange bevor es wirkliche Kräfte gegeben hat, verstand man es schon ausgezeichnet, die in den Körper eindringenden Geschosse zu entfernen, die Wunden geschickt zu verbinden und durch geeignete Maßnahmen, wie Auflegen von Kräutern, Bestreichen mit Salben zur Heilung zu bringen. Schon der alte Homer entwirft uns von dieser Tätigkeit an zahlreichen Stellen ein lebendiges Bild und zeigt uns, wie auch ohne die Hilfe des Arztes ein Waffengefährte dem anderen beratere Liebesdienste erweist, wenn er auch anerkennt, daß der Arzt, den er ausdrücklich als „einen Mann, vieler anderen wert“ bezeichnet, sich auf solche Dinge noch besser versteht. Neben diesen und zahlreichen anderen literarischen Berichten über die Behandlung von Kriegswunden besitzen wir aber noch eine Anzahl greifbarer Zeugnisse dafür, daß auch schon in ältester Zeit Anerkennungswertes geleistet wurde. So besitzet beispielsweise die Jenaer medizinische Sammlung von einem vorgezeichneten Menschen einen Wirbelknochen, in welchem eine Pfeilspitze fest eingeklebt ist. Eine die Pfeilspitze umgebende ausgedehnte Knochenwucherung zeigt, daß der betreffende Mensch, dem übrigens der Pfeilschub schräg durch die Bauchhöhle gedrungen sein muß, diese schwere Verletzung — sicherlich dank eines vernünftigen Verfahrens — lange überlebt haben muß.

Im allgemeinen blieben die Methoden der Schußwundenbehandlung ziemlich unverändert, solange als Schußwaffe ausschließlich der Pfeil und daneben höchstens noch das sog. Schleuderblei in Betracht kam. Mit der Erfindung und Anwendung der Feuerwaffen entstanden dann aber neue Aufgaben. Mit voller Sicherheit nachweisbar ist der Gebrauch von Feuerwaffen zum ersten Male im Jahre 1346, in welchem sie bei der Schlacht von Crécy eine Rolle spielten. Wie lange es dann aber noch dauerte, bis ihre Verwendung allgemein wurde, das zeigt einmal die Tatsache, daß noch fast zwei Jahrhunderte später der Hauptteil der Infanterie bei sämtlichen Heeren noch mit Bogen und Pfeil, Heßbarben und Speichen bewaffnet war; dann geht dies aber aus daraus hervor, daß erst am Ende des 15. Jahrhunderts zum ersten Male ein Arzt sich mit den durch Feuerwaffen hervorgerufenen Verletzungen beschäftigte.

Es war ein deutscher Arzt, Heinrich von Pfolspeundt, der in seiner 1490 erschienenen Schrift als erster vom „Pulver“, von den Äußern und den durch beides verursachten Wunden kurz berichtet. Die Vorkämpfer, die er zur Behandlung solcher Verletzungen macht, lassen erkennen, daß er einfach die Vorschriften über die von Pfeilen herrührenden Schußwunden auf diejenigen durch Feuerwaffen anwendet: sie bestehen in Untersuchung der Wunde mit der Sonde, Entfernung etwaiger Knochen splitter und anderer Fremdkörper und schließlich auch der Kugel selbst. Andere Kräfte empfahlen dann außerdem eine Nachbehandlung der Wunde selbst mit Rosenöl, Galbanum u. a. m.

Wieder ein neues Moment kam in die Frage der Schußwundenbehandlung hinein, als man zu entdecken glaubte, daß die durch Feuerwaffen entstandenen Wunden „vergiftet“ seien. Ebenfalls ein deutscher Wundarzt, Hieronymus Brunsvig, berichtet als erster hierüber im Jahre 1497. Wie sehr eine ärztliche Meinung, wenn sie nur einmal von einem Manne von Namen mit der nötigen Bekanntheit ausgesprochen worden ist, kritiklos hingenommen wird, sieht man sehr schön an diesem Beispiel: zwar entbrannte in der Folgezeit ein bis in das 17. Jahrhundert hinein fortwährend gelehrter Streit darüber, ob die Wundvergiftung auf das Schießpulver, die Kugel oder beides zurückzuführen sei; die Tatsache selbst, daß Feuerwaffen vergiftete Wunden hervorriefen, wurde hingegen von allen Ärzten als unumstößlich hingenommen.

Die traurige Folge dieser verkehrten Annahme blieb denn auch nicht aus. Brunsvig selbst riet, man solle ja das Gift aus der Wunde entfernen, zu diesem Zweck ein aus Haaren verfertigtes Seil in den Schußkanal einführen, es hin und her ziehen, auch ein mehlförmiges Stück Speck hineinstecken und ähnliches mehr. Noch weit schlimmer war das, was der bei seinen Zeitgenossen in hohem Ansehen stehende italienische Wundarzt de Vigo tat und seinen Verursachern anempfahl. Er meinte, man müsse das Gift in der Wunde unter allen Umständen zerstreuen. Zu diesem Zwecke führte er entweder ein glühendes Eisen tief in die Wunde ein, oder er braunte sie mit siedendem Öl oder mit einer sogenannten Keßsalbe aus. Der Erfolg dieser „Behandlung“ war denn auch augenscheinlich: zu der doch meist infolge der Größe der damaligen Geschosse schon an sich verhältnismäßig schweren Verletzung und Zerstörung lebendigen Gewebes kam nun noch eine weitgehende Zerstörung und Verbrennung der ganzen Wundumgebung hinzu. Und man braucht sich nicht zu wundern, wenn in den Berichten jener Zeit immer und immer wieder auf das Lebhafte darüber gellagt wird, mit welcher schrecklichen Verunstaltungen und Gebrauchsstörungen alle etwas tiefer gehenden Schußverletzungen ausheilten, und wie unendlich viele von ihnen zum Tode durch Brand führten. Es mutet uns heute um so seltsamer an, wenn wir hören, daß damals nicht ein einziger Arzt — und es gab darunter zweifellos auch im 16. Jahrhundert tüchtige Chirurgen — von selbst auf den Gedanken kam, einmal nachzuprüfen, ob nicht die Schußwunden viel besser heilen würden, wenn man sie gänzlich in Ruhe ließe; daß es vielmehr einem Zufall vorbehalten bleiben mußte, diese Tatsache als etwas ganz Neues zu entdecken. Dieser Zufall knüpfte sich an den Namen des Neubegründers der Chirurgie überhaupt: Ambroise Paré, dessen Gedanken und Vorschriften über die Wundbehandlung eine Entwicklung eingeleitet haben, die dann — wenn auch nur allmählich und mit zahlreichen Unterbrechungen — zu unseren modernen Wundheilverfahren hingeführt hat.

förmiges Stück Speck hineinstecken und ähnliches mehr. Noch weit schlimmer war das, was der bei seinen Zeitgenossen in hohem Ansehen stehende italienische Wundarzt de Vigo tat und seinen Verursachern anempfahl. Er meinte, man müsse das Gift in der Wunde unter allen Umständen zerstreuen. Zu diesem Zwecke führte er entweder ein glühendes Eisen tief in die Wunde ein, oder er braunte sie mit siedendem Öl oder mit einer sogenannten Keßsalbe aus. Der Erfolg dieser „Behandlung“ war denn auch augenscheinlich: zu der doch meist infolge der Größe der damaligen Geschosse schon an sich verhältnismäßig schweren Verletzung und Zerstörung lebendigen Gewebes kam nun noch eine weitgehende Zerstörung und Verbrennung der ganzen Wundumgebung hinzu. Und man braucht sich nicht zu wundern, wenn in den Berichten jener Zeit immer und immer wieder auf das Lebhafte darüber gellagt wird, mit welcher schrecklichen Verunstaltungen und Gebrauchsstörungen alle etwas tiefer gehenden Schußverletzungen ausheilten, und wie unendlich viele von ihnen zum Tode durch Brand führten. Es mutet uns heute um so seltsamer an, wenn wir hören, daß damals nicht ein einziger Arzt — und es gab darunter zweifellos auch im 16. Jahrhundert tüchtige Chirurgen — von selbst auf den Gedanken kam, einmal nachzuprüfen, ob nicht die Schußwunden viel besser heilen würden, wenn man sie gänzlich in Ruhe ließe; daß es vielmehr einem Zufall vorbehalten bleiben mußte, diese Tatsache als etwas ganz Neues zu entdecken. Dieser Zufall knüpfte sich an den Namen des Neubegründers der Chirurgie überhaupt: Ambroise Paré, dessen Gedanken und Vorschriften über die Wundbehandlung eine Entwicklung eingeleitet haben, die dann — wenn auch nur allmählich und mit zahlreichen Unterbrechungen — zu unseren modernen Wundheilverfahren hingeführt hat.

mit liebenswürdig sein naiver Grazie und drolligem Humor den Frontenwechsel, auf den das Stücken eingestellt ist, heraus. In des die Pfeile waren allzu bald verschossen. Eine höchst spinnwebene um die Figur der Tante gruppierte Liebesaffäre, in der ein Vetter (Eugen Burg) die Rolle des dienstfertigen Händlerspielen, ein Mitmeister (H. H. H. H.) die des braven unter falschem Verdachte stehenden Liebhabers und eine Gallerie (Käulein Orkla) den entzückungsvollen, um fremdes Liebesglück bemühten Engel zu mimieren, mußte Streckungsdienste leisten. Was ein unterhaltener Einakter hätte werden können, zog sich ermüdend durch drei Theaterstunden hin. Reinhold Schünzel karikierte allig die Tanzmeisterpose des Virtuosenkomponisten der Ballettense. Paul Dittigab in eleganter Haltung den schmaden, jungen Chemann. dt.

Der gegenwärtige Zustand der Bagdadbahn.

Die ungeheuer ausgedehnte Strecke der Bagdadbahn, die dank den Siegen der Deutschen und ihrer Verbündeten Truppen heute ganz durch unter Herrschaft der Zentralmächte und der Türkei stehendes Gebiet verläuft, befindet sich gegenwärtig in einem Zustand des Ausbaues, dem zur endgültigen Vervollendung nur noch die technische Fertigstellung einer Linie in Länge von 633 Kilometer fehlt. Da diese Strecke, die zu dem Stück von Haibar-Pascha (Konstantinopel) bis Bagdad gehört, erst nach dem Kriege fertiggestellt werden soll, ist, wie im „Prometheus“ dargelegt wird, die Arbeit an diesem Nebenunternehmen, das in seiner Art ohne Beispiel das heißt, zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Die letzte der während des Krieges und selbst zu Beginn des Jahres 1916 noch im Bau befindlichen Teilstrecken, nämlich die Strecke Jolabie—Mamure, wurde bereits Anfang Februar dieses Jahres dem Verkehr übergeben. Da von der gesamten Länge der Linie Haibar-Pascha bis Bagdad, die 2435 Kilometer mißt, nunmehr 1802 Kilometer in Betrieb stehen, ist der gesamte Bau bis auf das genannte noch dem Krieg zu vollendende Feststück von 633 Kilometer Länge endgültig durchgeführt. Der Grund für das Aufschieben der restlichen, verhältnismäßig kleinen Arbeit besteht in der gegenwärtig naturgemäß gesteigerten Schwierigkeiten in der Beschaffung des erforderlichen Materials, auch ist die Ueberwindung des Geländes mit mancherlei Hindernissen verknüpft, die vor allem in der Durchquerung einer ganzen Anzahl beträchtlicher Bodenerhebungen bestehen. Das Feststück verteilt sich auf zwei Linien, nämlich auf die Linie Haibar-Pascha—Aleppo, von der noch die 42 Kilometer durchmessende Strecke von Dorak nach Karabuna zu bauen ist, sowie auf die Linie Aleppo—Bagdad, von der noch das Teilstück Ras-el-tin nach Samarra technisch fertiggestellt werden muß. Aber auch diese geringen Feststücke bieten heute dem Verkehr im ganzen keine ernsthaften Schwierigkeiten, da sie vorläufig durch außerordentlich gut angelegte und gefestigte Straßen ersetzt werden.

Notizen.

— Die Shakespeare gerettet wurde. Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß Shakespeares gesamtes Lebenswerk einmal in Gefahr schwebte, durch eine Feuerbrunst vernichtet zu werden und daß die unsterblichen Dramen nur durch einen glücklichen Zufall auf uns gekommen sind. Der Dichter wurde so wenig gelesen, so wenig gedruckt, daß es im Jahre 1666 nur eine einzige, aus 800 Exemplaren bestehende Ausgabe seiner Werke gab, die von Heminge und Condell. Von diesen 800 Exemplaren waren fast alle in London noch auf Lager, als im Jahre 1666 die Stadt in Flammen aufging. Und bei der gewaltigen Feuerbrunst verschwand die ganze Ausgabe Heminge und Condell, mit Ausnahme von 48 Exemplaren, die im Laufe eines Zeitraums von 50 Jahren verkauft worden waren. Die 48 Käufer haben Shakespeares Werke, die heute die ganze Welt mit Bewunderung erfüllen, vor dem Untergang bewahrt. . . .

— Fischverbrauch in der Kriegszeit. Der Verbrauch von Karpfen ist im Jahre 1915 in Wien immens gestiegen, und zwar von 618 840 im Jahre 1914 auf 1 022 033 Kilogramm im Jahre 1915. Ebenso ist der Konsum von Hechten und Brachsen im das Bierfache gegen 1913 gestiegen. Nur Forellen und Zander weisen einen Rückgang auf. Der Verbrauch der billigeren Weißfische variiert — hier entscheiden vor allem die Fangmöglichkeiten — nicht wesentlich.

Kleines Feuilleton.

Komödienhaus: „Der siebente Tag.“

Auffpiel von Rudolf Schanzer und Ernst Weiss.

Ernst Weiss debütierte vor Jahren mit einem stimmungsvollen und geistvollen Werkchen aus dem Mittelalter „Das Fest von St. Matern“, das die Begegnung eines zu hochjahrenden menschenverachtenden Lieberhebung ausgeblasenen Gaulters mit der vor langer Zeit verlassenen, in Rot und Glend noch immer gläubig an ihm hängenden Geliebten und den Zusammenbruch des eiteln Liebermenschenwahns in starker Steigerung darstellte. In der neuen Arbeit erinnert nur noch die Gewandtheit der Verse, die spielerische Leichtigkeit des Reims an jene frühere. Von irgend welchen festlichen Problemen, von Verstand, eigene Wege zu gehen, ist nicht mehr die Rede. Die Situation der Handlung, die da aufsteht, wird, um ein verwöhntes und veritigetes, den neu geborenen Chemann hauptsächlich beschränkt auf Aristokratenmännchen in den Zustand der Verliebtheit zu befördern. Ist ohne sonderliche Lustspielmäßige Tragkraft, lebt fast ausschließlich von der Munterkeit der von den Darstellern lebhaft-geläufig vorgetragenen Verse. Daneben halten in den Damenrollen die amüsiert grotesken Kostüme und Krituren der friderizianischen Zeit.

Eine unternehmungslustige Witwentante, von Ida Büß pilant und pudig durchgeführt, legt dem verdrehten Nichten mit ihrem Berede von der Minderwertigkeit der Männer zu den bereits vorhandenen noch einige weitere Vögel in den Kopf. Um den Erkorenen auf seine Würdigkeit noch hinterher zu prüfen, erklärt dieselbe, daß es der Jartzeit ihrer Mädchenwelt widerstehe, ihn bereits auf der Hochzeitreise in Potsdam zu erlösen. Er möge warten, bis sie in ihrem Heim sind. Er unterwirft sich scheinbar demütig und kommt so, umgekehrt, wie in der „Widerpenstigen Fädmung“, nicht durch Zustimmung, sondern durch Raubgierigkeit zu der erstrebten Pannensautorität. Von dem Pantoffelhelden-Schwigerater, der, wenn die gestrenge Gattin nicht zugegen, sich gern ins Löwenfell des absoluten Hausherrn kleidet, noch extra scharf gemacht, schon in den ersten Tagen am Fundament seiner ehelichen Ueberlegenheit zu bauen, umgürtet er sich fest mit allen Josephhugenden, stellt sich entschlossen blind und taub, als seine hübsche Waimerin seinen allzu pünktlichen Gehorsam schon ein paar Tage darauf fatal zu finden anhängt. Er ist Glaehner brachte

Sie gingen dorthin. Kroupat ließ dem Postboten ein Gläschen vorbegeben, während er mit schwerer Hand unterschrieb. Als er allein war, öffnete er das Schreiben. Es enthielt seine Vorladung als Zeuge in der Untersuchungsache gegen Enskat auf einen der nächsten Tage. Das war zu erwarten gewesen, aber nun es eingetroffen war, erschütterte es ihn gewaltig. Was sollte er tun? Ausbleiben? Damit zog er doch die Entscheidung nur kurze Zeit hin. Die Wahrheit sagen? Unmöglich! Falsches Zeugnis ablegen? Die Kehle schnürte sich ihm zusammen. Auch das noch!

Der Krüger kam wieder herein. „Wissen Sie schon, Kroupat,“ fragte er, „daß Ihre Mutter sehr krank ist?“

„Meine Mutter?“

„Ja. Es ist nach dem Arzt geschickt. Sie soll gestern einen Schlaganfall gehabt haben. Ein Arm und Bein sind völlig gelähmt.“

„Meine Mutter —!“ Er stürzte fort nach dem kleinen Hause. Erst wenige Schritte davor fiel ihm ein, daß die alte Frau ihm im Jörn verboten hatte, zu ihr zu kommen. Aber er stutzte doch nur einen Augenblick. Dann ging er hinein. Seine alte Mutter mußte er noch einmal sehen.

Er war nicht wenig überrascht, Verta bei ihr zu finden. Sie verrichtete augenscheinlich Krankendienste. Als sie den Müller eintreten sah, stand sie vom Stuhl am Bett auf, stellte das Schälchen, aus dem die alte Frau gegessen haben mochte, auf den Tisch und machte Anstalt, sich zu entfernen.

„Bleibe doch, bleibe,“ rief die Kranke mit schwerer Zunge, „lah mich nicht allein.“

„Ich komme wieder,“ sagte Verta freundlich und ging mit gesenkten Augen an ihrem Manne vorbei, der sich seitwärts aufgestellt hatte und die Hände mit beiden Händen wie ein Bettler vor sich hielt, aus der Tür.

Die Kranke richtete den Kopf ein wenig auf und erkannte ihren Sohn. „Kommst Du, Endrik, kommst Du,“ rief sie, „um zu sehen — was Deine Frau — an mir tut? Sie ist gut — sie ist engelgut — Du hast ihr — schweres Unrecht getan.“

Er sank vor dem Bett auf die Knie nieder, faßte hastig ihre schlaffe Hand und bedeckte sie mit Küssen. „Ja, Mutter,“ stammelte er, „ich bin ein Sünder, ein großer Sünder vor Gott und den Menschen.“

„Mit mir — geht's zu Ende —“ fuhr sie mühsam fort. „Der weiß — ob ich die Nacht noch — erlebe. Sie haben — nach dem Arzt geschickt, aber der — kann mir nicht helfen. Es kann mir keiner helfen, als der Herrgott allein — und sein lieber Sohn — der für uns am Kreuz gestorben ist. Aber ich weiß — er verwirft mich — wenn ich nicht meine Schuld — hier auf Erden bekenne. Nach dem Geistlichen — verlangt mich, nach dem Geistlichen. Aber wie kann ich ihm beichten, ohne meinen einzigen Sohn — zu verderben? O mein Gott, mein Gott, Du weißt, daß ich meinte — einem Unschuldigen

aus schwerer Not zu helfen — meinem einzigen Kinde —! Und ich — nun — muß ich ihm auch das — aus Gewissen laden, daß ich ohne Bedachte — und Abendmahl sterben muß und die ewige Seligkeit — nicht finden kann —“

Ihre Worte wurden von schluchzenden Tönen erstickt. „Mutter — Mutter!“ rief er, „Du wirst noch nicht sterben, Du darfst noch nicht sterben. Es wird alles gut werden — warte noch kurze Zeit mit der Bedachte — nur bis morgen.“

„Wie kann alles gut werden?“ stöhnte sie, „Du hast — die Mühle angesteckt — und ich hab' die Fiske — zu einem Meineid verleitet — und Dich hat die schlechte Person in ihre Gewalt gebracht, daß Du zu Deiner Frau — nicht mehr zurück kannst — und den Enskat haben sie unschuldig — ins Gefängnis gesperrt —“

„Mutter —“ bat er schluchzend, „laß den Herrn Pfarrer kommen — sogleich, daß er Dich erleichtert. Sag ihm alles — und er mag's dem Gericht anzeigen. Was Du gefehlt hast — aus Liebe zu mir — das wird Gott Dir verzeihen können. Aber ich — ich will blühen.“

„Nein, nein — ich kann's nicht,“ wimmerte sie, „mein Sohn — mein einziger Sohn —“

Er hand auf, beugte sich über sie und küßte ihren Mund. „Ade, Mutter,“ sagte er, „ich will's selbst besorgen — das sei mein Dank.“

Die alte Frau wollte ihn zurückhalten, aber auch die nicht gelähmte Hand hatte keine Kraft. Kroupat verließ rasch das Stübchen und gleich darauf auch das Haus. An die Tür seiner Frau wagte er nicht anzuklopfen.

Eben kam Mare aus der Schule. Sie lief auf den Vater zu, umfaßte ihn und sagte: „Warum kommst Du gar nicht mehr zu uns? Die Mutter ist so traurig. Hast Du denn immer in der Stadt zu tun? Ich weiß gar nicht —“ Sie fing an zu weinen. „In der Schule — rüden die Kinder von mir fort, und der Lehrer hat gesagt, es sei ein Skandal und ich könnte nicht länger bleiben.“

Er streichelte ihr das blonde Haar. „Lauf zum Herrn Pfarrer,“ sagte er weich. „Die Großmutter ist sehr krank. Er möchte sogleich zu ihr kommen — sie will das heilige Abendmahl nehmen. Aber spüte Dich.“

„Soll ich nicht erst die Mutter fragen?“

„Nein — es wird sonst zu spät.“ Er hob das Kind auf, drückte es an die Brust und küßte es herzlich.

„So bist Du mein lieber Vater,“ rief Mare und eilte fort dem Kirchhof zu, der sie auf kürzestem Wege nach dem Pfarrhause bringen konnte.

Der Müller sah ihr eine Weile mit umflorten Blicken nach. Die Hand hatte er in die Tasche gesteckt. Sie saßte unwillkürlich das Mädchen mit dem weißen Pulver. Jetzt hätte er leicht in die Küche zurückgehen und es dort auskauten können. Aber das kam ihr gar nicht in den Sinn. Etwas ganz, ganz anderes.

(Schluß folgt.)

17) Endrik Kroupatis.

Eine litauische Geschichte von Ernst Wichert.

Er mußte, was es enthielt. Tagelang trug er es mit sich herum. Es kam ihm nicht aus dem Gedanken. Er berauschte sich, aber dann wurde die Qual noch größer: er sah Bilder vor Augen, die alles Grausigste überboten, das seine Phantasie jemals aufgereizt hatte, hörte Donnerläute, die sein Mark erschütterten. Ein Glas Brantwein auf dem Tische setzte ihn so in Furcht, daß er zitterte; schon der Geruch vertrieb ihn aus der Krugstube. Einen Nord sollte er auf seine Seele laden, sein eigenes Weib — er schüttelte sich. Alsze hat doch ganz Recht: Ruhe ist nicht zu finden, außer dieses Letzte geschieht. Und sie hält das Geld fest. — Es ist ihr nicht mit Gewalt und nicht mit List abzunehmen. Soll alles umsonst gewesen sein?

Er umstrich das Mühlenhäuschen, machte sich zwischen den Brandmauern an den Steinhaufen und Stapeln von verkohltem Holz etwas zu schaffen und kehrte immer wieder um. Aber er überlegte, wie das Pulver seiner Frau beigebracht werden könnte, ohne daß Mare in Gefahr käme. Er liebte das Kind. Ihm geschah schon Leid genug, wenn es die Mutter verlor. Er wollte sich in die Küche einschleichen und das Pulver in den Kochtopf schütten. Aber dann mußte erst Mare entfernt werden. Er meinte sie wohl an sich locken und bis zum Abend auswärts beschäftigen zu können. Zu Alsze sagte er wie beiläufig: „Wenn ich Dir einmal meine Tochter, die Mare, mit einer Bestellung hinausbringe, so halte sie auf, daß sie nicht weggeht, bis ich selbst komme.“

„Die Mädchen sind ein hübsches Spielzeug,“ antwortete sie lachend.

Er wollte am anderen Vormittag warten, bis Mare aus der Schule kommen würde und setzte sich auf den Stumpf einer Weide am Wege, nicht weit von der Mühle. Er konnte da ins Wasser sehen, das sonst so fleißig das Mühlrad gedreht hatte und jetzt schnell abfloß, an der Ruine einen kleinen Wasserfall bildend. Wenn die alte Mühle noch stände! Er seufzte schwer. Wenn sie noch stände!

Jemand schlug ihm von hinten leicht auf die Schulter. Er erschrak und blickte um. Es war der Postbote Jacobeit. „Guten Tag, Herr Kroupat,“ sagte er. „Ich war schon im Krug, fand Sie aber nicht. Da ist ein Schreiben an Sie mit dem Gerichtssiegel.“

„Ein Schreiben an mich —?“

„Ja, mit dem Gerichtssiegel. Sie müssen mir den Empfang bescheinigen.“

„Natwohl —“

„Können wir dazu ins Haus gehen?“

„Nein. Aber wenn Sie nochmals in den Krug —“

